

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Staatsministerin Ulrike Scharf

Abg. Markus Rinderspacher

Abg. Dr. Martin Huber

Abg. Benno Zierer

Abg. Sandro Kirchner

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Michael Hofmann

Abg. Gudrun Brendel-Fischer

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Markus Blume

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Regierungserklärung der Staatsministerin für Umwelt und Verbraucherschutz
"Auftrag Zukunft: Bayerische Klimapolitik für das 21. Jahrhundert"**

Ich bitte die Frau Staatsministerin ans Rednerpult für ihre Regierungserklärung. - Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bis zum Abend war der 13. November 2015 für mich ein guter Tag. Ich war in Augsburg; ich hatte den Vorsitz der 85. Deutschen Umweltministerkonferenz. Alle Länder und der Bund – GRÜNEN-, SPD- und Unions-Minister – haben sich bei dieser Konferenz auf einen Beschluss zur Weltklimakonferenz geeinigt, in 15 Einzelpunkten einstimmig ohne Protokollerklärung. Ich sage mit Stolz: Das war ein Riesenerfolg, und ich freue mich, dass die Politiker ihre Verantwortung über die Parteigrenzen hinweg wahrgenommen haben.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Thomas Gehring (GRÜNE))

Am Abend dann der Terror von Paris, ein Angriff der Barbarei auf die Humanität. Trotzdem sagen die Staatenlenker der Welt: Wir bleiben standhaft, wir setzen in Paris ein doppeltes Zeichen - für Klimaschutz und für Freiheit. Die Welt rückt zusammen. Wenn sie bedroht ist, zählen nicht mehr Nationen, Religionen und Kontinente, sondern dann zählt die gemeinsame globale Verantwortung. Das macht Hoffnung in einer Welt aus den Fugen; das schafft die Verbindung zwischen Verantwortung für unseren Planeten und den weltweit gültigen Menschenrechten auf Freiheit und auf Sicherheit.

Ich bin froh über diesen Mut. Klimapolitik ist Existenzpolitik, heute mehr denn je. Unser deutsches Mandat für Paris könnte stärker nicht sein. Wir nehmen den Auftrag Zukunft an, und bevor ich nächste Woche in der Delegation der Deutschen nach Paris mitreisen werde, möchte ich Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, über unsere Ziele für Paris informieren und eindringlich um Ihre Unterstützung bitten.

Wir fordern ein verbindliches, ambitioniertes und wirksames Klimaschutzabkommen in der Nachfolge des Kyoto-Protokolls. Wir bekennen uns zum Zwei-Grad-Ziel und zu den G-7-Beschlüssen von Elmau. Im Schulterschluss aller deutschen Umweltminister und gemeinsam mit dem Bund sagen wir: Wir unterstützen das EU-Ziel, die Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2050 im Vergleich zu 1990 um 80 bis 95 % zu reduzieren. Wir unterstützen die EU-Forderung nach einem Ambitionsmechanismus. Das heißt, ab 2025 wird alle fünf Jahre geprüft, ob wir uns beim Kampf gegen die Erderwärmung weiter steigern könnten. Das europäische Minderungsziel von mindestens 40 % bis 2030 ist ein starkes und richtiges Signal in diesem Sinne.

Meine Damen und Herren, wir unterstützen auch das Ziel der kohlenstofffreien, dekarbonisierten Weltwirtschaft bis Ende dieses Jahrhunderts. Wir bekennen uns zur Generationengerechtigkeit und zu unserer Verantwortung für morgen.

Als Messlatte und als Ansporn für andere legen wir in Paris unsere bayerische Treibhausgasbilanz und unsere bayerischen Klimaziele vor: unter 2 Tonnen Treibhausgasemissionen pro Einwohner und Jahr bis 2050 und unter 5 Tonnen Treibhausgasemissionen pro Einwohner und Jahr bis 2030. Aktuell stehen wir trotz Wirtschaftswachstum und Abschaltung von Isar 1 bei etwa 6 Tonnen energiebedingten CO₂-Emissionen pro Kopf und Jahr. Das ist heute schon ein Drittel weniger als der Bundesdurchschnitt und nicht einmal die Hälfte von Nordrhein-Westfalen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich war Anfang November in Rom beim Päpstlichen Rat für Gerechtigkeit und Frieden. Papst Franziskus sagt in seiner Umweltenzyklika "Laudato si" zu Recht: Die Reduzierung von Treibhausgasen verlangt Ehrlichkeit, Mut und Verantwortlichkeit. Diesen Dreiklang bringen wir in Bayern auf. Ehrlichkeit, Mut und Verantwortlichkeit sind seit über 70 Jahren der CO₂-freie Treibstoff für den Erfolg unseres Landes. Wir läuten mit unserer Agenda eine neue Ära der Verantwortung ein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das 21. Jahrhundert ist bisher ein Jahrhundert der Krisen und der Kriege. Die gute Nachricht aber ist: Das 21. Jahrhundert ist auch ein

Jahrhundert des Bewusstseins der Staaten, der Politiker, aber auch der Bürgerinnen und Bürger selbst. Wir haben verstanden: Wir müssen Klimapolitik lokal, regional, aber auch global denken.

Meine Damen und Herren, Klimapolitik ist Welt-Innenpolitik. Uns kann nicht gleichgültig sein, wenn Millionen von Menschen in Afrika, in Teilen Asiens und sogar in Teilen Südeuropas ihre natürlichen Lebensgrundlagen verlieren. Die Folgen treffen auch uns, und die Folgen sind ein Grund für Flucht und Migration. 200 Millionen Umweltmigranten wird es bis zum Jahr 2050 geben, und auch für Kriege sind Klimafaktoren ein Brandbeschleuniger. Kenner behaupten das für Syrien. Der Bürgerkrieg in Syrien begann im März 2011. Vorher litt das Land unter einer fünfjährigen Dürre, der schlimmsten seit hundert Jahren mit der klaren Folge von Landflucht und wirtschaftlicher Not, die auch die Mitursache des Bürgerkriegs sind. Die Bevölkerung antwortete mit einer der größten Massenfluchten seit dem Zweiten Weltkrieg.

Klimapolitik ist Welt-Innenpolitik. Die Menschen erkennen diese Dimension und geben der Politik einen klaren Handlungsauftrag. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben im Oktober eine bayernweite Umfrage durchführen lassen. Sieben von zehn Befragten sagen Ja zu einer internationalen Klimapolitik, die Krieg, Armut und die Zerstörung von Lebensgrundlagen verhindern hilft. Sieben von zehn Befragten sagen Ja zu einem noch stärkeren Engagement des Freistaats für den internationalen Klimaschutz.

Kraftvoller kann unser Auftrag nicht sein. Wir sind als Bayern aktiv aus christlicher Verantwortung für unser gemeinsames Haus, unsere Schwester, Mutter Erde – so Papst Franziskus –, und wir sind aktiv mit dem klaren Mandat unserer Bürgerinnen und Bürger.

Internationaler Klimaschutz ist eine neue starke Säule der bayerischen Klimapolitik mit starken Initiativen. Ich nenne die Climate Group. Wir arbeiten in der Climate Group mit gleichgesinnten Regionen weltweit erfolgreich zusammen. Ich werde noch im Dezem-

ber Vertreter der Climate Group in New York sprechen, der Repräsentanz für Nordamerika.

Übrigens werde ich – Zukunftskontinent Afrika – auch mit dem Umweltminister von Ghana in Paris zu Diskussionen und Gesprächen zusammentreffen. Ich nenne unsere Initiative mit Israel für klimafreundliche Kältemittel, die im Rahmen der Weltklimakonferenz nächste Woche in Paris vorgestellt werden. Hier treffe ich auf den israelischen Umweltminister Gabai.

(Natascha Kohnen (SPD): Was sagen Sie da?)

Ich nenne die Alpenstrategie und die Alpenkonvention. Wir platzieren den Klimaschutz in der Alpenkonvention ganz vorne, gerade für die Konferenz, die wir nächstes Jahr 2016 in Grassau abhalten werden. Wir sind uns der Verantwortung für unsere Kommunen bewusst. Wir unterstützen unsere alpinen Kommunen nicht nur im Tourismus der Zukunft, sondern auch ganz generell.

Ich nenne das zukünftige Zentrum für Klimaforschung Alpen. Unser Schneesporthaus ist Magnet für hochkarätige Klimaforscher aus der ganzen Welt. Gemeinsam etablieren wir das Virtuelle Alpenobservatorium, ein Zentrum für Klimaforschung Alpen. Wir bündeln damit Spitzenforschung aus Alpen-Europa, aus der Schweiz, aus Österreich, Slowenien, Italien und Frankreich.

Ich nenne als Letztes, liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere internationale Forschungsaktivität für eine bessere Anpassung an den Klimawandel. Hier darf ich unser Projekt KlimEx nennen, unser neues Kooperationsprojekt mit Kanada zu extremen Wetterereignissen im Klimawandel, aber auch Wetrex, wo wir mit Österreich und künftig auch mit Tschechien die Zugbahnen der Tiefdruckgebiete im Klimawandel untersuchen werden. Es ist auch eine Zusammenarbeit mit Slowenien zur Luftreinhaltung und zur Klimamodellierung geplant.

Wichtig ist mir, meine Damen und Herren: Wir müssen unser Wissen und unser Können nicht nur mehren, wir müssen es auch teilen. Deshalb bin ich stolz auf unser Engagement im globalen Vorderdenkernetzwerk IESP. Ich bin stolz auf unsere erfolgreiche ENCORE-Präsidentschaft im letzten und im vorletzten Jahr für mehr Klimaschutz in den Regionen, und ich bin stolz auf unser Erfolgsprojekt "Technologie-Transfer Wasser", TTW. Mit TTW helfen wir Menschen weltweit beim Aufbau einer modernen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, übrigens gemeinsam mit 350 Partnern aus der bayerischen Wirtschaft.

Stichwort bayerische Wirtschaft – meine höchste Anerkennung für die bayerische Umweltwirtschaft, meine Damen und Herren! Unsere Unternehmen im Freistaat Bayern sind mit 100.000 Arbeitsplätzen und Platz 1 bei den Umsätzen in Deutschland nicht nur ungemein erfolgreich. Sie schaffen mit Klimaschutz Wachstum und Arbeit für Bayern. Unsere Umweltunternehmen verbessern auch die Lebensbedingungen überall auf der Welt. Ich freue mich sehr über diese internationale Karriere von Umweltschutz weiß-blau.

(Beifall bei der CSU)

Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir schlagen ein neues Kapitel in der Geschichte internationaler Klimapolitik auf. Der Titel dieses Kapitels heißt: Klimareport Bayern 2015. Wir haben ressortübergreifend zusammen mit dem Deutschen Wetterdienst und der Umweltforschungsstation Schneefernerhaus erstmals eine in dieser Form einmalige Klimagesamtschau für eine Region erstellt: "Klimawandel in Bayern, Folgen, Anpassung, Forschung – eine umfassende Bestandsaufnahme", quantitativ und qualitativ überragend, ein Novum, das in diesen Tagen druckfrisch fertiggestellt wird. Noch nie gab es einen so klaren und profunden Kompass für unser klimapolitisches Handeln der Zukunft.

Ich nenne einige der wichtigsten Ergebnisse, die uns alle angehen: Erstens. Die Jahreszeiten verschieben sich. Die Vegetationsperiode ist in den letzten 50 Jahren um

26 Tage länger geworden mit allen Folgen für die biologische Vielfalt in Bayern. Den Allergikern hier im Raum darf ich nur das Stichwort Pollen zurufen. Seit 1980 fliegen die Pollen 24 Tage länger herum, und zwar in doppelter Menge.

Ich nenne zweitens die Extremereignisse, die sich häufen. Wir haben es schwarz auf weiß: Die Hochwässer werden mehr, Hochwässer, Unwetter, Lawinen, aber auch Muren, wie wir sie in diesem Jahr in Oberstdorf erlebt haben – das alles wird durch den Klimawandel begünstigt, und das alles ist eine Gefahr für die Menschen. Deshalb habe ich unsere neue Umweltinfo-App als Warnung und Information für die Bürgerinnen und Bürger erst vor wenigen Wochen freigeschaltet. Wenn Sie wollen, können Sie so auf Ihrem Handy Ihren digitalen Bodyguard mit sich tragen.

Drittens. In Bayern erwärmt sich die Luft deutlich schneller als durchschnittlich. Bis Ende dieses Jahrhunderts droht uns ein Temperaturanstieg von bis zu 4,5 Grad. Schon heute fallen in Bayern neun der zehn wärmsten Jahre überhaupt in den Zeitraum seit 1990. Wir zeichnen das Wetter seit 1871 auf, und neun der zehn wärmsten Jahre in Bayern fallen in den Zeitraum seit 1990. Die Hitzetage werden mehr. Heute sind wir im Schnitt bei fünf, bis zum Jahrhundertende werden es sechsmal so viele sein.

Viertens. Die kalten Tage werden dramatisch weniger. Die Zahl der Eistage wird sich bald mehr als halbiert haben, die Tendenz ist fallend. Wenn wir uns vorstellen, dass es bis zum Ende dieses Jahrhunderts kaum mehr Eistage gibt, dann wissen wir auch, dass die Alpen im Winter nicht mehr das sein werden, was wir von früher kennen. Wir haben heute bereits sieben bis neun Tage weniger Schneebedeckung. Bis 2060, um diese langfristige Perspektive aufzuzeigen, werden wir mit einem Rückgang von 60 Tagen rechnen müssen. Das heißt, die Schneeverhältnisse auf 1.000 Metern Höhe wird es künftig nur ab 2.000 Metern Höhe geben.

Das alles wissen wir durch den Klimareport. Darauf müssen wir reagieren. Aus meiner Sicht ist der Klimareport eine exzellente Handlungsgrundlage. Wir wollen mit dem Klimareport die Fähigkeit zur Zukunftsgestaltung ausbauen.

Wir werden im Kabinett die bayerische Klimaanpassungsstrategie nach den Erkenntnissen des neuen Klimareports aktualisieren. Zusätzlich führen wir das Projekt "Klimazukunft Bayern" mit voller Leistung weiter. Ich nenne nur beispielhaft den Klimacheck, eine Checkliste für Kommunen mit bis zu 20.000 Einwohnern, die es den Kommunen ermöglicht, ihren Klimacheck passgenau auf ihre Gegebenheiten durchzuführen. Wir gehen in Bayern mit gutem Beispiel voran, indem wir dem UN-Klimarat unseren Klimareport als Datenbasis für eine ganze Region zur Verfügung stellen. Wir müssen in der Klimapolitik endlich verstehen, dass Wissen die einzige Ressource ist, die sich verdoppelt, wenn man sie teilt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir ist eines wichtig: Nicht nur die Fachleute sollen den Klimareport wahrnehmen. Ich möchte unser neues Wissen in die Gesellschaft hineintragen. Viele Menschen sagen: Der Klimawandel betrifft mich persönlich. Wo kann ich anpacken? Wie kann ich Verantwortung übernehmen? - Das Ergebnis der Umfrage zeigt uns: Neun von zehn Befragten wollen selbst etwas tun. Es ist den Menschen ein Bedürfnis zu handeln.

Deswegen starten wir flankierend eine klimapolitische Informations- und Überzeugungsoffensive. Ich nenne beispielhaft die Umweltbildung, die mir persönlich sehr am Herzen liegt. Allein im letzten Jahr haben wir, nur bezogen auf das Thema Klimaschutz, 800.000 Menschen erreicht, und im aktuellen Doppelhaushalt stellen wir 1,1 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung. Das ist bestens angelegtes Geld. Der Zins ist die Liebe der Menschen zu unserer Naturheimat.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zu unserer Politik der Überzeugung gehört auch die Bayerische Klima-Allianz. Wir legen eine Version 2.0 auf. Die Klima-Allianz wird brei-

ter. Wir haben im Moment mehr als 30 starke Partner, seit Kurzem als Top-Partner und starken Multiplikator auch den FC Bayern. Übrigens: Die hervorragende Maßnahme, die Beleuchtung der Allianz Arena auf LED umzustellen, spart CO₂ und eine Menge an Energie ein.

Unsere Bayerische Klima-Allianz wird mit Kampagnen und einem neuen Internetauftritt präserter, und sie wird vernetzter, weil wir als gemeinsamen Knotenpunkt für unsere Partner eine Geschäftsstelle einrichten. Ich möchte zudem die Möglichkeit schaffen, dass sich Bürger und Wirtschaft unmittelbar am Klimaschutz beteiligen können.

Klimaschutz ist Technologie- und Innovationstreiber. Deshalb bin ich ganz besonders stolz auf unseren Umweltpakt Bayern. Erst kürzlich haben wir den Handschlag der Verantwortung zwischen Staat und Wirtschaft für weitere fünf Jahre erneuert. Unser Anspruch ist klar: Wir wollen Klimaschutz säen und Zukunft ernten.

Der Umweltpakt ist eine der erfolgreichsten Umweltvereinbarungen in Europa. Mit dem Umweltpakt sagen Tausende von Unternehmen und Hunderttausende von Beschäftigten Ja zu Bayern. Sie sagen Ja zu unseren Werten, zu unserer Bevölkerung und zu unserer Natur. Das finde ich großartig.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in den Klimarat, den ich erst vor wenigen Wochen neu bestellt habe, berufen wir Experten wie beispielsweise den uns allen bekannten Professor Lesch. Mit Unterstützung des Klimarats haben wir im letzten Jahr das Klimaschutzprogramm Bayern 2050 aufgelegt. Dies ist ein klimaschutzpolitischer Leuchtturm: 170 Millionen Euro für den Doppelhaushalt 2015/2016. An dieser Stelle geht mein herzlicher Dank an Finanzminister Markus Söder. Insgesamt haben wir seit 2008 über eine Milliarde Euro in Klimaschutz, Energie und Innovation investiert.

Unser Klimaschutzprogramm hat drei starke Säulen: die Emissionsminderung, die Anpassung und die Forschung. Ich darf zunächst zur Forschung, zur vornehmsten

Grundlage für unsere politischen Entscheidungen, kommen. Nirgendwo wird Klimafor- schung so hoch gehängt und so aufgestellt wie in Bayern. 43 Millionen Euro stehen alleine in diesem und im nächsten Jahr hierfür zur Verfügung.

Unser Forschungs-Diadem ist das Schneefernerhaus auf der Zugspitze, bei uns übr- igs auch die Himmelsfiliale des Umweltministeriums genannt. Zu unserem Diadem gesellen sich Einzeldiamanten, wenn ich sie so nennen darf, nämlich Forschungsver- bünde wie "Bayerns Seen im Klimawandel", "Bayerns Landschaften im Klimawandel", das "Zentrum Stadtnatur und Klimaanpassung" und vieles mehr.

Mir ist es wichtig, dass wir künftig unser Top-Projekt "Wasser-Zukunft-Bayern" noch kräftiger unterstützen; denn damit schaffen wir durch Wissen und Hightech-Info- mation- en eine neue Qualität der Umweltsimulation. Gemeinsam mit Helmut Brunner fördern wir die Trockenstress-Experimente zur Suche nach neuen Anpassungswegen für un- sere Wälder. Im Jahr 2016 werden wir gemeinsam mit meiner Kollegin Melanie Huml einen zusätzlichen Schwerpunkt auf das Thema "Klimawandel und Gesundheit" legen. Wir bringen mit der Spitzenforschung Licht ins Dunkel, für eine starke politische Ant- wort auf die Existenzfrage unserer Zeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kämpfe für den Aufbruch in ein neues Energie- zeitalter. Läuten wir gemeinsam die neue klimapolitische Ära ein, in Bayern, in Deutschland, aber auch weltweit. Unsere Aufgabe ist so groß wie klar: Der Erfolg in der Klimapolitik setzt den Erfolg in der Energiepolitik voraus.

(Florian von Brunn (SPD): Heiße Luft in Zeiten des Klimawandels!)

Die Energiewende muss zur Klimawende werden. Meine Devise ist klar: keine Rück- kehr zur Kohle als Energieträger und kein CO₂ zum Nulltarif!

(Beifall bei der CSU)

Daher fordere ich einen mutigen Zukunftspfad hin zu einem neuen Strommarkt, ohne die alten Braunkohleriesen, aber mit klimafreundlichen Gaskraftwerken als Ergänzung zu den Erneuerbaren und mit einem effektiven Emissionshandel in Europa.

(Natascha Kohnen (SPD): Klimafreundlich!)

Im Jahr 2010 betrug der Anteil der Erneuerbaren an der Bruttostromerzeugung in Bayern noch knapp 26 %. Vier Jahre später, im Jahr 2014, betrug er über 36 %. Zum Vergleich: Baden-Württemberg steht bei 23 %. Bayern ist beim Aufbruch in das neue Energiezeitalter eines der führenden Länder in Deutschland.

Unser Ziel ist ein ambitionierter Ausbau der Erneuerbaren, insbesondere der Schwerpunkte Solarenergie und Biomasse. Dabei legen wir Wert auf einen planvollen Zubau. Das oberste Gebot einer zukunftsfähigen Energiepolitik lautet: Die Strompreise müssen für die Menschen bezahlbar und die Wirtschaft muss wettbewerbsfähig bleiben.

(Beifall bei der CSU)

In diesem Sinne treiben wir auch den Bund an. Wir müssen die Wärmeerzeugung und die Innovationen im Verkehr noch stärker in den Fokus rücken. Wir fordern mehr Einsatz für die energetische Gebäudesanierung. Hier wird der Löwenanteil der Energie verbraucht. Steuerliche Förderungen müssen kommen. Wir fordern mit Herzblut mehr alternative Antriebstechnologien. Ich habe in der Umweltministerkonferenz den Antrag und den Beschluss mit vorangetrieben, ein klares Signal für finanzielle Anreize und für einen erfolgreichen Markteintritt der Elektromobilität zu setzen.

Als Staatsregierung gehen wir mit Ehrgeiz und mit Einsatz voran. Ich nenne beispielhaft das 10.000-Häuser-Programm meiner Kollegin Ilse Aigner und die energetische Sanierung staatlicher Gebäude durch meinen Kollegen Joachim Herrmann. Wir haben uns beim Aufbruch in ein neues Energiezeitalter einen neuen, einen intelligenten Wachstumsbegriff verordnet: Das Wachstum der Zukunft ist sauber und umweltschonend, energie- und rohstoffeffizient.

Klimaschutz, meine Damen und Herren, ist Ressourcenschutz, und Ressourcenschutz bedeutet einen effizienten Umgang mit Rohstoffen. Mein Anspruch dabei ist klar: Bis zum Jahr 2020 soll Bayern rohstoffeffizientestes Land in Deutschland werden. Dazu haben wir ein für Deutschland einmaliges Aktionsprogramm aufgelegt, die "Rohstoffwende Bayern". "Rohstoffwende Bayern" heißt: Die deutsche Rohstoffpolitik wird noch stärker als bisher weiß-blau. Das Ziel ist, auch im Einklang mit den G-7-Beschlüssen ein hochwertiges Recycling und schadstofffreie Kreisläufe zu fördern und zu unterstützen. Wir etablieren ein Ressourceneffizienz-Zentrum Bayern. Mit diesem neuen Zentrum vernetzen wir bayernweit die Aktivitäten und stärken die Kompetenzen im Freistaat. Mir liegt es auch sehr am Herzen, zusätzliche Maßnahmen zu fördern, um eine gute Verbindung und eine Symbiose von Ökonomie und Ökologie zu schaffen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die drei Säulen unseres Klimaschutzprogramms sind Forschung, Emissionsminderung und Anpassung. Anpassung ist eigentlich etwas Unbajuwarisches, aber beim Thema Klimawandel halte ich sie für sehr intelligent. Es gibt für mich immer ein klares Vorgehen, nämlich den Dreischritt, die Risiken zu erkennen, die Risiken zu bewerten und schließlich die Risiken zu minimieren.

Wir haben erst vor Kurzem den neuen Wildbachbericht veröffentlicht. Ich sage ganz ehrlich: Ich bin stolz auf diesen Wildbachbericht. Es geht um 50.000 Schutzverbauungen an bayerischen Wildbächen. In diesem Bericht zeigen wir landkreisgenau, wo in den nächsten 20 Jahren Handlungsbedarf bzw. Neubaubedarf besteht. Man kann sagen, dies ist wie eine Glaskugel. Wir sehen darin, was in der Zukunft für ein gutes und sicheres Leben in Bayern notwendig ist.

(Beifall bei der CSU)

Diesem Ziel verpflichten wir uns auch mit den neuen Maßnahmen in der Wasserwirtschaft. Die große Trockenperiode in Unterfranken hat gezeigt: Wir haben unseren wasserwirtschaftspolitischen Schwerpunkt richtig gesetzt. Wir hatten übrigens seit 40 Jahren keine so trockene Zeit mehr wie in diesem Jahr. Niedrigwasser ist und bleibt

eine Herausforderung in der Zukunft. Ich nenne unser geniales Wasserüberleitungssystem – Brombachsee, Altmühlseen –, ein großes historisches Bayern-Projekt zur Versorgung unseres regenarmen Nordens. Bereits jetzt haben wir in Nordbayern ein Drittel weniger Niederschläge als in Südbayern zu verzeichnen. Ich nenne unser umfangreiches Temperatur-Monitoring an bayerischen Gewässern, unseren Alarmplan Main-Ökologie und Donau-Ökologie.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei der Risikominimierung kommt das Stichwort Hochwasser. Es geht um eine politische Urflicht im Wasserland Bayern. Wir haben noch alle die dramatischen Bilder des Hochwassers 2013 im Kopf. Als Vorsitzende der Bayerischen Wasserwacht bin ich in Passau vor Ort gewesen. Niemand kann Ihnen eine Garantie geben, aber ich sage: Ich möchte diese Bilder nicht mehr sehen, und wir dürfen diese Bilder in Bayern auch nicht mehr zulassen.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb unser Hochwasserschutz-Aktionsprogramm 2020plus! Mit 3,4 Milliarden Euro machen wir Bayern hochwasserfest und klimafest. 600 Millionen Euro investieren wir allein in den nächsten zehn Jahren in Maßnahmen zwischen Straubing und Vilshofen. 2020plus ist das größte Wasserbauprogramm in der Geschichte des Freistaats Bayern, und ich treibe es mit großer Leidenschaft voran.

Auch der Bund steht an unserer Seite. Das nationale Hochwasserprogramm ist ein wichtiges Signal: Wir handeln gemeinsam mit dem Bund, gemeinsam mit allen Ländern und im Bewusstsein: Der Hochwasserschutz der Zukunft, meine Damen und Herren, ist kein Spaziergang – ganz im Gegenteil: Er gleicht einem Marathon, für den es viel Ausdauer braucht, für den es den Willen zur Finanzierung und vor allen Dingen auch ein klares Konzept braucht. Mir ist dabei sehr wichtig, eines immer zu betonen: Wir in Bayern kombinieren den technischen und den natürlichen Hochwasserschutz. Diesen Weg gehen in der Zwischenzeit viele Länder, weil er doppelt sinnvoll ist. Mit der Renaturierung unserer Auenlandschaften schaffen wir nämlich mehr Sicherheit

und mehr Lebensräume. Auch Lebensräume selbst müssen angepasst werden. Ich nenne das Großprojekt meines Kollegen Helmut Brunner, den Waldumbau mit der Bergwaldoffensive und mit der Waldinitiative Ostbayern.

Für den Extremfall bei Hochwasser schmieden wir an der Donau eine Kette von zwölf gesteuerten Flutpoldern. Wir machen das gemeinsam mit den Betroffenen in voller Transparenz und in großer Überzeugung. Ich nenne als Beispiel den Polder Riedensheim. Der Polder Riedensheim kann im Ernstfall 8 Millionen Kubikmeter Wasser aufnehmen. Das bedeutet für Neuburg an der Donau eine Pegelsenkung von bis zu 35 Zentimetern. Jeder Zentimeter ist entscheidend. 35 Zentimeter können ein Segen für die Menschen am Fluss sein.

Segensreich ist übrigens auch unser großes Bayernprojekt für eine sichere Trinkwasserversorgung. Ich lege Wert darauf, dass mit diesem Projekt jede einzelne Wassergewinnungsanlage im Freistaat auf ihr Gefährdungspotenzial hinsichtlich Überschwemmungen untersucht wird. Für mich ist das die beste Garantie für gutes Trinkwasser in Bayern auch in der Zukunft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Weltklimakonferenz in Paris ist dem Terror vom 13. November 2015 nicht gewichen. Fast alle Staaten sind vertreten. Fast alle haben Klimapläne vorgelegt. Der französische Präsident hat die Verantwortung unserer Generation auf den Punkt gebracht – ich zitiere ihn –: Wir müssen unseren Kindern nicht nur eine Welt ohne Terror hinterlassen; wir schulden ihnen auch eine Welt, die vor Katastrophen geschützt wird.

(Beifall bei der CSU)

Demokratie lebt vom Streit der Parteien und der Interessen. Bei der großen Aufgabe unserer Generation hinsichtlich der internationalen Sicherheit und der Verantwortung für die Schöpfung müssen wir aber zusammenrücken. Handeln wir gemeinsam für die schwächste Lobby in unserer Demokratie; geben wir ihr Stimme und Gewicht – den kommenden Generationen. Das passt zu Bayern, dem Land der Nachhaltigkeit, unse-

rer Heimat, deren größter Schatz die aus der Landwirtschaft geprägte Kultur des langfristigen Denkens ist.

Wir denken über Generationen hinweg. Beweisen wir gemeinsam: Wir in Bayern sind dem weiß-blauen Himmel näher als andere, und wir handeln aus Verantwortung nicht nur für uns, sondern auch für die kommenden Generationen. In Bayern nehmen wir diese Verantwortung mit unserer Klimapolitik an: lokal, regional und global, als Bayern im Herzen heute und als Bürger in Verantwortung für morgen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Ich eröffne die Aussprache. Kolleginnen und Kollegen, wir haben eine Gesamtrededzeit der Fraktionen von 96 Minuten vereinbart. Für die CSU-Fraktion sind es 32, für die SPD-Fraktion 24 und für die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN jeweils 20 Minuten.

Ich darf jetzt für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Rinderspacher das Wort erteilen. Bitte schön.

Markus Rinderspacher (SPD): Verehrte Frau Präsidentin, Frau Staatsministerin, Herr Ministerpräsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zunächst namens meiner Fraktion unsere Irritation darüber zum Ausdruck bringen, dass die Ministerin heute zur Tagesaktualität, nämlich zum Verbraucherschutzskandal bei Bayern-Ei, überhaupt kein einziges Wort verloren hat.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Buh!)

Frau Ministerin, wir empfinden es als große Respektlosigkeit gegenüber dem Hohen Haus, gegenüber der bayerischen Öffentlichkeit und auch gegenüber den Opfern des Salmonellenskandals, dass Sie heute dieses Thema

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

gänzlich ausgeklammert haben, ist es doch von besonderer Bedeutung. Heute haben der Bayerische Rundfunk und die "Süddeutsche Zeitung" ein Gutachten eines renommierten Lebensmittelrechtlers veröffentlicht.

(Zuruf von der CSU: Thema!)

Die 40-seitige Stellungnahme ist eine Anklage gegen die Staatsregierung.

(Zuruf von der CSU: Thema! – Gegenruf des Abgeordneten Harry Scheuenstuhl (SPD): Die Frau Ministerin hat gar nichts gesagt!)

In der Bayern-Ei-Affäre ist deutsches und europäisches Recht gebrochen worden. Der Nachweis ist erbracht, dass Frau Ministerin Scharf die Öffentlichkeit falsch informiert und mit Unwahrheiten bedient hat.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört! Hört!)

Die Regierung hätte im Sommer 2014 über die Salmonellengefahr informieren und einen öffentlichen Rückruf von Eiern veranlassen müssen. Ein Vorwurf ist besonders gravierend: Ein Todesfall hätte mit einem korrekten Vorgehen dieser Regierung womöglich verhindert werden können.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, so leicht, wie Sie, Frau Ministerin Scharf, meinen, sich durch bloßes Schweigen und totale Ignoranz der Verantwortung entziehen zu können, so leicht werden wir Sie nicht davonkommen lassen. Der Landtag wird sich gezwungen sehen, Ihre Rolle in dieser Affäre tiefergehend zu untersuchen, ebenso im Übrigen auch die Rolle Ihres Vorgängers Marcel Huber, der laut Gutachten ganz offensichtlich eklatante, ja fatale Versäumnisse zu verantworten hat.

Frau Ministerin Scharf, Sie sind jetzt 440 Tage im Amt und haben heute Ihre erste Regierungserklärung gehalten. Die Erwartungen waren hoch. Wir hatten ein konkretes

Mehr-Punkte-Aktionsprogramm zur Erreichung eines ehrgeizigen Klimaziels in Bayern erwartet. Wir hatten einen ersten Entwurf oder zumindest die Ankündigung eines bayerischen Klimaschutzgesetzes erwartet, wie es in Rheinland-Pfalz, in Baden-Württemberg, in Nordrhein-Westfalen und in Bremen längst Realität ist. Wir hatten eine klare Bestandsaufnahme erwartet, die die bayerischen Problemzonen der Klimapolitik ausleuchtet und Wege aufzeigt, was kurz-, mittel- und langfristig zu tun und zu lassen ist. Wir hatten zumindest gehofft, dass Sie vielleicht das eine oder andere Geschenk für das Parlament mitbringen, dass Verbesserungen bei Haushaltsansätzen möglicherweise in Aussicht gestellt werden. – Nichts von alledem! Fehlanzeige! Sie haben heute erklärt, dass Sie nichts erklären. Diese Regierungserklärung hatte null Substanz.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben die Chance verpasst, einen kraftvollen bayerischen Akzent zur Pariser UN-Klimakonferenz zu setzen. Der Klimawandel ist nichts, was in den Wüsten Afrikas oder an den Gletschern der Antarktis beginnt und endet. 2015 wird in Bayern das wärmste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen werden – ein weiteres Rekordjahr nach dem Rekordjahr 2014. Neun der zehn wärmsten bayerischen Jahre waren nach dem Jahr 2010. Gemessen an den Niederschlägen erleben wir heuer das trockenste Jahr in Bayern seit 1946. Die lange Trockenperiode ist eine Belastung für die nordbayerischen Flüsse, Bäche und den Grundwasserpegel. Der Klimawandel bedroht auch die fünf bayerischen Alpengletscher. Seit der Industrialisierung haben sie durch Abschmelzen deutlich an Volumen, Fläche und Länge verloren. Im Jahr 1820 erreichte die Ausdehnung aller Gletscher in Bayern noch etwa 4 km². Heute ist mit etwa 0,7 km² weniger als ein Viertel davon übrig.

(Zuruf von der CSU: Nach China schauen!)

Die Alarmzeichen sind auch in Bayern unübersehbar. Wenn wir heute im Landtag in einem Punkt Konsens herstellen können, dann in der Überzeugung, dass wir nicht erst dann Maßnahmen ergreifen dürfen, wenn es schon zu spät ist.

Welche Konsequenzen politische Versäumnisse nach sich ziehen, sehen wir gegenwärtig in der Flüchtlingspolitik. Hätten wir nicht die vergangenen zehn Jahre mehr oder minder tatenlos zugesehen, wie im Mittelmeer mehr als 30.000 unglückliche Menschen auf der Flucht vor Krieg, Verfolgung und Folter ertrinken; hätten wir früher das getan, was zu tun war – Fluchtursachen bekämpfen, internationale Solidarität üben statt wegschauen, Entwicklungszusammenarbeit intensivieren –, dann stünde heute die Flüchtlingsthematik nicht mit dieser Dramatik auf der Tagesordnung. Klimaschutz ist Fluchtursachenbekämpfung. Wenn wir dabei scheitern, müssen wir laut einer Greenpeace-Studie schon in absehbarer Zeit mit 200 Millionen Klimaflüchtlingen rechnen.

Heute war es Ihr Anliegen, Frau Ministerin, im Konzert der Pariser Klimakonferenz mitzusingen. Aber es gab keine bayerische Tonart, keinen bayerischen Rhythmus und keine bayerische Melodie. Das, was Sie auf internationaler Ebene unterstützen und einfordern, steht in deutlicher Diskrepanz zu dem, was Sie auf bayerischer Ebene liefern. Statt auf andere zu zeigen, sollten Sie lieber vor der eigenen Haustüre kehren. Sie haben heute zentrale Klimaschutzthemen Bayerns ausgeklammert. Ihre Ausführungen waren widersprüchlich. Ihre Zielkorridore halten einer Überprüfung in der Realität nicht stand. So sprechen Sie davon, dass wir aus der Kohle aussteigen müssten. In der realen Politik vertritt die CSU aber eine ganz andere Position. Nur einige Beispiele:

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel plante im vergangenen Jahr eine Sonderabgabe auf alte Kohlekraftwerke. Mit der Abgabe sollte erreicht werden, dass der Kohlendioxidausstoß bis 2022 um 22 Millionen Tonnen sinkt.

(Erwin Huber (CSU): Das hat doch geklappt!)

Was hat die CSU gemacht? - Sie hat in Berlin Front gegen mehr Klimaschutz gemacht!

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU)

Herr Huber, wenn Sie die entsprechenden Zitate Ihres Ministerpräsidenten lesen wollen, dann kann ich sie Ihnen gern nachreichen.

Dass Sie jeden Ehrgeiz bei der Energiewende vermissen lassen, wurde hier im Hohen Haus schon vermehrt zum Thema gemacht. Sie haben mit der 10-H-Regelung ein Windkraftverhinderungsgesetz durchgesetzt, gegen das die SPD-Fraktion und andere im März dieses Jahres Verfassungsklage eingereicht haben. Über das Bayerische Energieprogramm von Ilse Aigner haben wir bereits im Oktober hier im Hohen Haus debattiert. Das Ergebnis war: Geht es nach der CSU, wird der Zubauwert erneuerbarer Energien immer mehr reduziert statt erhöht. Die Degression liegt mittlerweile bei 0,4 Prozentpunkte pro Quartal. Ich sage Ihnen: Das ist nicht nur klimapolitisch problematisch, sondern auch volkswirtschaftlich schädlich.

Frau Ministerin, Sie sprachen von einer "internationalen Karriere von Umweltschutz weiß-blau". Ich hatte das Vergnügen und die Ehre, die bayerische Wirtschaftsministerin Ilse Aigner zu einer Delegationsreise nach Teheran zu begleiten. Eine Anekdote möchte ich Ihnen erzählen. Wir hatten dort auch ein Gespräch mit dem iranischen Handelsminister. Schon nach fünf Minuten merkte er gegenüber 50 Zeugen an – es waren nämlich viele Unternehmer aus Bayern dabei –: Die Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien bekommen Sie in Bayern nicht so gut hin; insbesondere beim Windkraftausbau haben Sie erhebliche Probleme. –Das sagte uns der iranische Handelsminister. Kollege Markus Blume war dabei, die Ministerin natürlich auch. Ist das Werbung für die bayerische Umweltbranche? Das darf man wirklich in Zweifel ziehen.

(Beifall bei der SPD)

Sie können sich vorstellen, dass das nicht nur für die Ministerin selbst ein peinlicher Moment war. Auch die mitgereisten Unternehmer, insbesondere die der Umwelttechnik, schauten betreten zu Boden; denn sie wollten eigentlich Werbung für ihre Produkte machen. Aber die bayerischen Produkte, die bayerische Umweltforschung, die bayerische Umweltwissenschaft, die bayerische Umweltwirtschaft sind viel besser als unsere bayerische Regierung – leider! Meine Damen und Herren von der Staatsregierung, mit dieser Politik sind Sie keine Unterstützung für die bayerische Umweltwirtschaft.

(Beifall bei der SPD)

Aber nicht nur mit der Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien, sondern auch mit der Energieeinsparung macht diese CSU-Regierung leider nicht ernst. Auf Gebäude in unserem Land entfallen knapp 40 % des Energieverbrauchs. Von 8.000 staatlichen Gebäuden in Bayern sind nur 0,7 % energetisch saniert – 0,7 % von 8.000! Was tut die Regierung? Die CSU hat die Landesmittel für die energetische Sanierung staatlicher Gebäude in den letzten Jahren systematisch zusammengestrichen statt erhöht. Sie hat die Landesmittel von 45 Millionen Euro im Jahr 2009 auf 25 Millionen Euro im Jahr 2015 zusammengekürzt. Wie war es 2012 und 2013? Damals waren die Gelder sogar komplett gestrichen worden – null Euro!

Bleibt es bei der derzeitigen Mittelausstattung für die energetische Sanierung staatlicher Gebäude, wären die bayerischen Staatsgebäude erst in rund 80 Jahren saniert. Horst Seehofer wäre dann 146 Jahre alt und mutmaßlich nicht mehr Ministerpräsident.

(Heiterkeit bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Zur Energiewende gehört auch die Wärmewende. Die Staatsregierung muss ihre Hausaufgaben machen. Machen wir Bayern zum Vorreiter der energetischen Gebäudesanierung und setzen wir für den Mittelstand und das Handwerk ein Programm auf, das den Namen "Klimaschutzprogramm" tatsächlich verdient!

(Beifall bei der SPD)

Eines der drängendsten Probleme des Umweltschutzes hat die Ministerin heute ausgeklammert – den Flächenverbrauch. Dabei ist fruchtbarer Boden ein wertvolles, knappes Umweltgut. Nach den Meeren sind Böden der größte CO₂-Speicher der Welt. Sie binden mehr Kohlenstoff als alle Wälder zusammen. Sie leisten somit einen wichtigen Beitrag gegen die Erderwärmung und bedürfen deshalb des besonderen Schutzes.

Wie schaut es aus in Bayern? - Innerhalb von zehn Jahren ist die Siedlungs- und Verkehrsfläche von Bayern um fast 600 km² angewachsen; man nennt das auch "Flächenfraß". 600 km² in zehn Jahren – das entspricht dem Dreifachen der Fläche der Frankenmetropole Nürnberg.

Bundesweit betrachtet nimmt Bayern im täglichen Flächenverbrauch den absoluten Spitzenplatz in Deutschland ein. Wir in Bayern sind weit entfernt von einer Flächenkreislaufwirtschaft. Eine Reduzierung des Flächenfraßes ist nicht in Sicht. Wir sollten uns ein Beispiel nehmen an Berlin, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen oder Thüringen. Diese Länder haben sich konkrete Flächensparziele gesetzt und diese mit Maßnahmenkatalogen und Zeitkorridoren unterlegt.

Was Sie in Bayern machen, meine Damen und Herren von der Staatsregierung, ist das glatte Gegenteil. Frau Scharf, Sie haben die Chance verpasst, Ihren Vorgänger Markus Söder daran zu erinnern, wie er zu seiner Zeit als Umweltminister Klimaschutz propagierte. Wir erinnern uns: Er war der Minister, der gern mit grüner Krawatte ins Kabinett ging. Heute propagiert er die Möglichkeit, Gewerbegebiete in Bayern leichter auszuweisen. Die Attacke auf das Anbindegebot ist eine Todsünde der bayerischen Landesplanung und ein Konjunkturprogramm für den Flächenfraß.

(Beifall bei der SPD)

Frau Ministerin, wenn es nach Ihrem Kollegen Markus Söder geht, sollen auch auf freiem Feld zwischen zwei Ortschaften Neuansiedlungen zulässig sein. Eine direkte Anschlussbebauung an den Ortsrand ist dann nicht mehr zwingend vorgeschrieben. Ich sage: Das ist ein Anschlag auf die ästhetische Eleganz unseres Landes und unserer Kulturlandschaft.

(Beifall bei der SPD)

Die Bayerische Architektenkammer, die Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung, der BUND Naturschutz, der Landesverein für Heimatpflege, der Bayerische Städtetag, die Bayerische Akademie Ländlicher Raum – sie alle sprechen von einem Ausverkauf der bayerischen Kulturlandschaft. Die Staatsregierung handelt damit gegen den bundesweiten Trend.

Ich frage mich, Frau Umweltministerin: Haben Sie das jemals im Kabinett oder in Ihrer Fraktion zum Thema gemacht? Sind Sie jemals in den Verdacht geraten, dem Heimatminister in den Arm zu fallen, wenn er immer neue Flächen im Freistaat Bayern für Gewerbeansiedlungen ausweisen möchte? Ich habe keine öffentliche Stellungnahme von Ihnen gefunden. Ich finde, es ist Ihre Aufgabe, gerade in solch zentralen Fragen Ihre Stimme als Umweltministerin zu erheben.

(Beifall bei der SPD)

Kein Wort haben Sie heute darüber verloren, wie Sie in Bayern einen klimafreundlichen Verkehr organisieren wollen. In Bayern stellt der Verkehrssektor den größten Emittenten der energiebedingten CO₂-Emissionen dar. Die Kritik der Experten fällt katastrophal aus. Im als Nachhaltigkeitsranking bundesweit anerkannten Bundesländerindex "Mobilität 2014/2015" der Allianz pro Schiene, wissenschaftlich begleitet von der Universität St. Gallen, nimmt Bayern eine schlechte Position – Platz 15 – ein. Das ist der vorletzte Platz! Beim Thema Klimaschutz befindet sich Bayern auf der letzten Position. Bei der Flächenschonung nimmt Bayern Platz 12 ein, bei der Luftqualität

Platz 14 und bei der Lärmvermeidung Platz 12. Bayern schneidet hinsichtlich der nachhaltigen Mobilität insgesamt ausgesprochen schlecht ab.

Frau Ministerin, heute hätten uns Ihre Antworten auf die mitunter dramatischen Verkehrsprognosen bis zum Jahr 2030 in Bayern interessiert. Die Antworten blieben aber aus. Nach Prognosen des Bundesverkehrsministeriums wird der Güterverkehr bis zum Jahr 2030 um 38 % zunehmen. Allein bei den Lkws und Sattelzügen müssen wir bis zum Jahr 2025 mit einem Plus an CO₂-Emissionen von 9,4 Millionen Tonnen jährlich rechnen. Wir sind uns sicher einig, dass wir möglichst viel Güterverkehr auf die Schiene verlagern müssen. Bayern ist in den letzten Jahren jedoch vieles nicht gelungen. Im Gegenteil, von 2009 bis 2013 sank der Anteil des Eisenbahn- und Binnenschiffsverkehrs an der Güterverkehrsleistung in Bayern von 17,8 auf 16,8 %.

Tatsächlich ist während der Regierungszeit von Horst Seehofer beim Schienenverkehr nicht viel vorangegangen. Seit 15 Jahren warten die 800.000 Pendler auf die Zukunftsfähigkeit eines wettbewerbsfähigen und nachhaltigen Nahverkehrs in der Region München. Was ist mit der 2. Stammstrecke? Was ist mit dem zweigleisigen Ausbau und der Elektrifizierung der Bahnstrecke von München über Mühldorf nach Freilassing? Die Liste lang geplanter und nicht umgesetzter ökologisch wertvoller Verkehrsprojekte in Bayern ließe sich deutlich erweitern. Frau Scharf, wie bedauerlich, dass Sie dieses so entscheidende Thema gänzlich ausgespart haben!

(Beifall bei der SPD)

Heute sind vor allem die Themen interessant, die Sie nicht angeschnitten haben. In ihrer Fraktion tobt gerade ein Machtkampf zu der Frage, ob die dritte Startbahn am Münchner Flughafen gebaut werden soll. Ich frage mich: Warum nutzen Sie als Umweltministerin heute eigentlich nicht die Gunst der Stunde Ihrer Regierungserklärung und stärken dem Ministerpräsidenten und den anderen Startbahngegnern im Freistaat Bayern den Rücken?

(Beifall bei der SPD)

Ich finde, als Umweltministerin haben Sie die Pflicht, auf die starke Zunahme an CO₂-Emissionen im bayerischen Luftverkehr hinzuweisen. Zwischen 1993 und 2012 hat sich der Schadstoffausstoß im bayerischen Luftverkehr mehr als verdreifacht. Wir wissen aus Studien, dass gerade der Flugverkehr wie kein zweiter Verkehrsträger ein Klimakiller erster Güte ist. Sie haben heute die Gelegenheit verpasst, Ihrer Heimatregion mit Fachexpertise zur Seite zu stehen und sich klar und fundiert gegen die dritte Startbahn auszusprechen.

Sie haben auch ein anderes wichtiges Mobilitätsthema verschwiegen, obwohl es im Jahr 2008 kurzfristig ein Schwerpunkt bayerischer Regierungspolitik sein sollte. Das ist das Thema Elektromobilität. Der Ministerpräsident höchstpersönlich hatte im Jahr 2008 angekündigt, dass aus Gründen des Klimaschutzes bis zum Jahr 2020 in Bayern 200.000 elektromobile Fahrzeuge auf Bayerns Straßen unterwegs sein werden. Wie viele sind es heute, sieben Jahre danach? – Es fehlen noch 196.000 elektromobile Fahrzeuge. Auf bayerischen Straßen fahren lediglich 4.000 elektromobile Fahrzeuge. Das ist ein Anteil von 0,05 %.

(Beifall bei der SPD)

Das Urteil des Bundesverbandes eMobilität und seines Präsidenten Kurt Sigl über die bayerische Elektromobilitäts-Politik ist eindeutig. So erklärte er gestern schriftlich - ich zitiere: Bayern ist und bleibt Schlusslicht beim Thema E-Mobilität. Das Ranking wird ganz klar von Baden-Württemberg angeführt vor Berlin und Niedersachsen. Weder bei den Fahrzeugen noch bei der Infrastruktur oder beim intermodalen Ansatz - das ist die Verbindung von Verkehrssystemen - kann Bayern in der Praxis punkten. Eine sogenannte Roadshow Elektromobilität, wie Bayern sie zum Beispiel den Kommunen anbietet, ist tatsächlich als Lachnummer zu bezeichnen - so der Präsident - und stellt den Stand der E-Mobilität vor vier Jahren dar. Er fügt hinzu: unfassbar. Frau Ministerin, tragen Sie dafür Sorge, dass das klimarelevante Thema Elektromobilität wie in den anderen Bundesländern wieder mehr Aufmerksamkeit bekommt.

(Beifall bei der SPD)

Im Jahr 2013 hat der Freistaat Bayern 1.800 neue Dienstfahrzeuge angeschafft. Darunter befanden sich ein Elektroauto und zwei Hybridfahrzeuge. Damit sind wir bei einem anderen wichtigen Thema, nämlich bei der umweltfreundlichen öffentlichen Beschaffung. Für rund 260 Milliarden Euro im Jahr kauft die öffentliche Hand in Deutschland von Bleistiften bis zu Bussen für den öffentlichen Personennahverkehr ein. In Deutschland umfasst das öffentliche Beschaffungswesen etwa 13 % des Bruttoinlandsprodukts. Die Unterstützung der Umwelt- und Klimabelange in Form eines umweltfreundlichen Beschaffungswesens hat ein großes Potenzial. Anders als andere Bundesländer verzichtet der Freistaat Bayern jedoch auf ökologische Kriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. Die SPD-Fraktion hatte erst in der letzten Legislaturperiode einen eigenen Entwurf für ein bayerisches Vergabegesetz eingebracht, das ausdrücklich auch ökologische Kriterien berücksichtigt, damit nicht zwingend der günstigste Anbieter bei der Vergabe vorne liegen muss, sondern auch der Anbieter eine Chance hat, der den Klima- und Umweltschutz im Angebotsportfolio hat.

Das Bundesumweltamt hat im Jahr 2014 die Regelungen der Bundesländer miteinander verglichen. Berlin, Bremen und Nordrhein-Westfalen bekommen besonders gute Noten. Die schlechteste Note bekommt der Freistaat Bayern. Warum? – Die bayerischen Richtlinien enthalten keine verbindlichen Vorgaben zur Beschaffung umweltfreundlicher Produkte und Dienstleistungen. Ich frage Sie, Frau Umweltministerin: Wann gehen Sie das Thema in ihrer Fraktion und im Kabinett an? Wann kommt das ökologische Vergabegesetz Bayerns?

(Beifall bei der SPD)

Ich denke, es ist unstrittig, dass die öffentliche Hand eine Vorbildfunktion innehat und diese auch wahrnehmen muss. Das gilt im Übrigen auch für die Regierung selbst und in ökologischen Fragen auch für die Umweltministerin und ihre Glaubwürdigkeit im Amt. Frau Ministerin, dieser Vorbildfunktion werden Sie nach einer Studie der Deut-

schen Umwelthilfe nicht gerecht. Die Umwelthilfe hat den Schadstoffausstoß der Dienstwagen aller Landesregierungen miteinander verglichen. Wie in den Vorjahren trägt auch im Jahr 2015 die Regierung des Freistaats Bayern die rote Laterne. Unter den Umweltministern fährt Umweltministerin Ulrike Scharf aus Bayern den unsauberen Dienstwagen aller Umweltminister der Bundesrepublik. Frau Ministerin, das ist nicht gerade ein Nachweis für Ihre sprichwörtliche street credibility beim Klimaschutz.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU)

Sie sprachen vom Jahrhundert des neuen Bewusstseins. Es stellt sich schon die Frage, ob Sie selbst in diesem Jahrhundert angekommen sind, wenn Sie nicht bereit sind, europäische Klimaschutzwerte einzuhalten.

(Beifall bei der SPD)

Bayern ist in Sachen Klimaschutz alles andere als ein Vorzeigeland. Der Klimaschutzpolitik der Regierungspartei CSU mangelt es an Ehrgeiz. Der politische Wille zum Handeln ist unterausgeprägt. Die heutige Regierungserklärung hat weder neue Erkenntnisse gebracht noch notwendige Maßnahmen eingeleitet. Die Ministerin kann man jedoch kaum dafür kritisieren, dass sie in Sachen Klimaschutz im Kabinett für fast nichts zuständig ist – nicht für die Landwirtschaft, nicht für den Verkehr, nicht für die Energiewende. Frau Scharf, Sie müssen sich jedoch wirklich vorhalten lassen, dass Sie Ihre Stimme nicht wahrnehmbar für den Klimaschutz erheben. Bei der Energiewende sind Sie stumm. Im Bereich Verkehr ist nichts von Ihnen zu hören. In der Landwirtschaft kommen keine wahrnehmbaren Kooperationsangebote für die Öffentlichkeit. Das gilt auch für die Gebäudesanierung. Sie sind nicht Feuer und Flamme für Ihr Thema.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Bravo!)

Sie agieren mutlos und kraftlos. Deshalb haben Sie auch heute die Chance auf einen wichtigen politischen Aufschlag verpasst. Wir bedauern das ausgesprochen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Klimaschutz bewahrt als Lebens- und Zukunftsversicherung die Grundlagen unserer Heimat. Klimaschutz schafft gesellschaftlichen Wohlstand und wirtschaftliche Sicherheit. Der Kampf gegen den Klimawandel ist ein ethisches Gebot. Papst Franziskus hat am 18. Juni in seiner Enzyklika "Laudato si" eindrucksvoll darauf hingewiesen: Es gibt nicht zwei Krisen nebeneinander, eine der Umwelt und eine der Gesellschaft, sondern eine einzige sozioökologische Krise. Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb gehört der Klimaschutz ganz oben auf die politische Agenda im Freistaat, aber bitte nicht nur mit Lippenbekenntnissen, sondern mit ganz konkreten Maßnahmen. Frau Ministerin, wenn Sie diese einleiten, haben Sie uns gewiss an Ihrer Seite.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Bravo!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Jetzt darf ich für die CSU-Fraktion Herrn Kollegen Dr. Martin Huber das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Martin Huber (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Frau Staatsministerin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Klimawandel ist unbestritten, aber dass er mittlerweile so weit fortgeschritten ist, dass Ihnen, Herr Kollege Rinderspacher, das Wasser schon bis zum Halse steht und Sie diese Debatte mit einer Themaverfehlung beginnen, wundert mich dann doch sehr.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei der SPD – Harry Scheuenstuhl (SPD): Ihr seid doch an der Regierung! Euch steht das Wasser bis zum Hals!)

Die Situation ist weit dramatischer. "200 Millionen Menschen auf der Flucht", diese Schlagzeile werden wir im Jahr 2050 haben. Diese Menschen werden nicht vor Krieg und Terror fliehen, sondern vor Dürren, vor Überschwemmungen oder weil das eigene Haus im Meer versunken ist. Bereits im Jahr 2010 waren 20 Millionen Menschen aus Gründen des Klimawandels auf der Flucht. Die Erderwärmung steigt, und der Meeres-

spiegel auch. Im 20. Jahrhundert stieg der Meeresspiegel um 17 Zentimeter, allein um 7 Zentimeter in den Jahren von 1993 bis 2014.

Das Jahr 2015 wird das wärmste Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen. Der September 2015 war der wärmste September seit 1880. Längst sind die Themen Klimawandel und Erderwärmung nicht mehr nur Gegenstand abstrakter Expertendebatten. Der Klimawandel betrifft uns ganz konkret; denn die Menschen flüchten zu uns, weil ihnen vor Ort die Lebensgrundlage entzogen ist. Wir können die Augen vor der Herausforderung des Klimawandels nicht verschließen. Der Klimawandel betrifft auch uns in Bayern. Die Ministerin hat es angesprochen: Die Gletscher in den Alpen schmelzen. Extreme Wetterverhältnisse nehmen zu. Überschwemmungen, Dürren und Stürme werden häufiger.

Wie sich der Klimawandel in Bayern konkret niederschlägt, konnten wir im August in den Zeitungen lesen. Schlagzeilen wie "Trockenheit in Franken: Autowäsche verboten" oder "Folgen der Hitze: Gießverbot in Forchheim" wiesen auf die größte Trockenperiode in Teilen Frankens seit 40 Jahren hin. Noch dramatischer als bei uns wirkt sich aber die Situation in den großen Meeren aus.

Wir haben inzwischen auch den ersten Klimakrieg erlebt, er wurde nur anders bezeichnet. Ich spreche von der Piraterie vor Somalia. Durch die Erwärmung des Indischen Ozeans war es den Fischern an der somalischen Küste nicht mehr möglich, mit ihren primitiven Fangmethoden und ihren Fischernetzen Fische zu fangen. Die Fische haben sich in tiefere, kühlere Wasserschichten zurückgezogen. Damit wurde den Fischern die Lebensgrundlage entzogen. Boote waren vorhanden, und Waffen waren leicht zu bekommen. So entstand die Piraterie vor Somalia. Weit weg? Das geht uns nichts an? – Von wegen! Die Auswirkungen waren ganz konkret in Deutschland zu spüren. Unsere Bundeswehr war und ist deshalb vor der Küste Somalias im Einsatz.

Ein weiteres Beispiel ist der Pazifische Ozean. In zahlreichen Inselstaaten können die Menschen schon jetzt täglich beobachten, was eine weltweite Erwärmung des Klimas

für sie bedeutet. Sie müssen zusehen, wie der Meeresspiegel steigt und ihre Inseln und Lagunen im Meer verschwinden. Im vergangenen Jahr hat Neuseeland deshalb zum ersten Mal dem Antrag einer Familie stattgegeben, die den Klimawandel als Asylgrund angegeben hat. In wenigen Jahrzehnten werden die etwa 11.000 Bewohner von Tuvalu keinen eigenen Staat mehr haben. Sie haben deshalb einen Vertrag mit Australien geschlossen. In Australien wird für sie ein Reservat eingerichtet. Ungeklärt ist dabei noch die Frage der Nationalität und des Status. Tritt Australien einen Teil seines Territoriums an die Bewohner ab? Behalten sie ihre Nationalität, oder werden sie australische Staatsbürger? Das bedeutet, in diesem Fall hat der Klimawandel sogar Auswirkungen auf die Grundlagen der Staatlichkeit. Weit weg? Das geht uns nichts an? – Von wegen!

Blicken wir auf unsere kontinentalen Nachbarn. Blicken wir auf Afrika. Die dortige Bevölkerung wird bis zum Jahr 2050 auf 2,5 Milliarden Menschen anwachsen. Im Jahr 2100 werden dort circa 4 Milliarden Menschen wohnen. Zugleich wird eine gleichbleibende Erwärmung dazu führen, dass wir mehr Wüsten, mehr Dürren und weniger fruchtbares Land haben werden. Wenn mehr Menschen durch den Klimawandel auf weniger bewohnbarer und bewirtschaftbarer Fläche leben, bedeutet das: Der Flucht- druck auf unseren direkten Nachbarkontinent wird zunehmen, wenn wir nicht handeln.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Und was passiert? – Natascha Kohnen (SPD): Was tun Sie?)

Diese Beispiele zeigen: Wir müssen global denken und lokal handeln. Wir können das Problem des Klimawandels nicht mit einem Schlag lösen. Wir alle hoffen auf ein verbindliches und weitreichendes Abkommen in Paris. Niemand kann beim Kampf gegen den Klimawandel das große Gesamtbild zeichnen. Aber jeder kann im Rahmen seiner Verantwortung seinen Mosaikstein dazu beitragen. Bayern investiert bereits 170 Millionen Euro in sein Klimaschutzprogramm 2050, mehr, als jedes andere Bundesland. Klimawende bedeutet, dass wir den CO₂-Ausstoß senken müssen. Durch die extensive

Nutzung fossiler Energie und durch die drastische Änderung der Landnutzung erleben wir, dass immer mehr CO₂ in die Atmosphäre gelangt.

Lieber Herr Kollege Rinderspacher, ich kann Ihnen heute eine Bemerkung nicht ersparen: Von den 20 größten Kohlekraftwerken, die wir in Deutschland haben, stehen 9 in Nordrhein-Westfalen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Mit Unterstützung der CSU!)

In Baden-Württemberg wurden in den Jahren 2014/2015, bereits unter Grün-Rot, zwei Kohlekraftwerke in Betrieb genommen. Wie viele dieser 20 Kohlekraftwerke stehen in Bayern? – Null. Wir wollen die energiebedingten CO₂-Emissionen bis 2020 pro Kopf und Jahr von derzeit etwa 6 Tonnen auf dann deutlich unter 6 Tonnen senken.

(Widerspruch bei der SPD)

Mir ist klar, dass Ihnen das nicht gefällt. Ich kann es Ihnen jedoch nicht ersparen. Bayern formuliert nicht nur Ziele, sondern nimmt auch seine Verantwortung ernst.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Das ist doch ein Witz!)

- Sie mögen das als Witz bezeichnen; ich schildere hier die Realität. Vielleicht ist das für Sie ein guter Anfang, um etwas näher an das Thema heranzukommen. – Bayern investiert in die Klimaforschung, wie das die Ministerin angesprochen hat. Mit dem Schneefernerhaus unterhalb der Zugspitze haben wir eine herausragende Umweltforschungsstation. Neben dieser Maßnahme ist die Energiewende natürlich ein ganz entscheidender Faktor. Rund 80 % der klimaschädlichen Emissionen sind auf CO₂ zurückzuführen. Bayern fördert den Ausbau erneuerbarer Energien mehr als jedes andere Bundesland. Wir sind beim Zubau der Photovoltaik und bei der Windenergie Spitzenreiter, noch vor Baden-Württemberg. Die Energiewende ist ein wesentlicher Bestandteil des Mosaiks zur Lösung des Klimawandels. Schon heute decken wir mehr als 36 % des bayerischen Stromverbrauchs durch erneuerbare Energien.

(Florian von Brunn (SPD): Heiße Luft!)

Die Tendenz ist steigend. Schon heute steht fest: Die Energiewende spricht bayerisch.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei der SPD)

Meine Damen und Herren von der SPD, wir haben gerade Advent, nicht Fasching. Sie haben das ein bisschen verpasst. Das Lachen kommt erst später wieder. – Wir werden das Ziel, das wir uns im Frühjahr 2011 gesetzt haben, erreichen. Im Jahr 2021 wird der Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch bei 50 % liegen. Bayern setzt die Energiewende konkret vor Ort um. Energiewende bedeutet jedoch nicht nur den Umstieg auf regenerative Energien, sondern auch Versorgungssicherheit, Energiespeicherung, Energieeinsparung und Energieeffizienz. Bayern investiert deshalb in die Forschung und gibt im Zeitraum von 2012 bis 2016 knapp 500 Millionen Euro für die Energieforschung aus, mehr als jedes andere Bundesland.

Ein Beispiel: Der Energie Campus Nürnberg wird seit 2009 bis zum Jahr 2016 mit 50 Millionen Euro gefördert. Die Förderung mit weiteren 20 Millionen Euro über das Jahr 2016 hinaus ist bereits beschlossen. Am Energie Campus Nürnberg forschen unter der Leitung von Herrn Professor Dr. Wolfgang Arlt mehrere Institutionen an einem Standort und schaffen interdisziplinär neue Ansätze in der Speicherforschung. Gerade sein Ansatz mit der LOHC-Forschung ist vielversprechend und wird demnächst im Rahmen eines Pilotprojekts erprobt.

Die Energieeinsparung und die Verbesserung der Energieeffizienz in den eigenen vier Wänden ist ein weiterer wichtiger Schwerpunkt. Innovative und intelligente Heiz- und Speichersysteme sowie eine energetisch nachhaltige Bauweise sind der zweite Schritt auf dem Weg zur Energiewende. Auch hier gilt: Bayern geht voran und ist Vorbild, wenn es darum geht, ehrgeizige Ziele beim Klimaschutz zu erreichen.

Energiewende heißt auch Rohstoffwende. Wir müssen aus zwei Gründen von den fossilen Rohstoffen wegkommen: Erstens. Wir müssen die CO₂-Emissionen vermindern.

Zweitens. Die fossilen Rohstoffe sind endlich, wie wir alle wissen. Das Global Food-Banking Network berechnet in jedem Jahr den Tag, an dem die Erdüberlastung erreicht sein wird. Bei der Berechnung wird der gesamte Bedarf an Wäldern, Flächen, Wasser, Ackerland und Lebewesen, den die Menschen derzeit für ihre Lebens- und Wirtschaftsweise brauchen, der biologischen Kapazität der Erde gegenübergestellt, Ressourcen aufzubauen sowie Müll und Emissionen aufzunehmen. Dieser Tag war heuer am 13. August und damit sieben Tage früher als letztes Jahr. An jenem Tag waren die Ressourcen der Erde für dieses Jahr verbraucht. Seitdem leben wir auf Pump. Wir greifen so gesehen auf die Rücklagen zu und leben damit von den Ressourcen der nachfolgenden Generationen. Das kann so nicht weitergehen.

Deshalb wollen wir die nächsten Schritte angehen und analog zur Energiewende eine Rohstoffwende herbeiführen, das heißt Primärrohstoffe durch Sekundärrohstoffe ersetzen. Mehr Effizienz beim Einsatz von Ressourcen und Material schafft Unabhängigkeit, senkt Kosten, schont die Umwelt und stärkt damit insgesamt die bayerische Wirtschaft. Auch hier ist Bayern auf einem guten Weg. In den vergangenen 15 Jahren wurde die Rohstoffproduktivität in Bayern um rund 70 % erhöht, die Verwertungsquote von rund 30 % auf über 70 % gesteigert.

Ressourceneffizienz ist ein wichtiges umweltpolitisches Handlungsfeld, das in den kommenden Jahren noch zentraler behandelt werden muss. Das ist aber auch eine große Chance für die Wirtschaft, neue Technologien zu entwickeln und damit Wertschöpfung zu generieren. - Wir müssen zu einem anderen Grundverständnis kommen, indem wir nicht von Abfall sprechen, sondern von Rohstoffen, die nicht weggeworfen, sondern wiederverwendet werden. Es muss unser Ziel sein, hier noch besser zu werden und damit die Rohstoffwende entschieden voranzubringen.

Fortschritte bei der Energieeffizienz außerhalb des Stromsektors sind ein weiterer Ansatzpunkt für eine klimafreundliche Energiewende. Wärmewende bedeutet Energieeinsparungen, saubere Heizenergie und Veränderungen in den eigenen vier Wänden. Man braucht sich nur die Zahlen vor Augen zu führen: 40 % des gesamten Energie-

verbrauchs entfallen in Bayern auf das Heizen. Das Sparpotenzial ist demnach immens.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Eben!)

Das gilt sowohl für die Klimabilanz als auch für den eigenen Geldbeutel. Bayern leistet mit dem 10.000-Häuser-Programm einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz und unterstützt damit die Bürger bei der Umsetzung der energetischen Gebäudesanierung.

(Beifall bei der CSU)

Das Programm ist mit einem Gesamtbudget von 90 Millionen Euro ausgestattet und hat eine Laufzeit von vier Jahren. Wir schaffen dadurch individuelle Beispiele, wie Energie- und Wärmewende bereits im Kleinen gelingen können. Wir zeigen, wie dadurch auch Großes bewirkt werden kann. Energiewende, Rohstoffwende und Wärmewende tragen dazu bei, dass wir unseren Ausstoß von CO₂ begrenzen und den Klimawandel bekämpfen.

Angesichts der herausragenden Aktivitäten Bayerns im Klimaschutz fragt man sich, welchen Mehrwert, abgesehen von einem Zuwachs an Paragrafen und Bürokratie, ein Klimaschutzgesetz haben sollte. Ich glaube nicht, dass sich der Meeresspiegel von ein paar Paragrafen beeindruckend lässt und die Erderwärmung zurückgeht, weil die Bayern-SPD ein paar Paragrafen zusätzlich aufgeschrieben hat.

(Florian von Brunn (SPD): Das ist eine tiefeschürfende Erkenntnis!)

Wenn unsere Klimaschutzmaßnahmen in einem Gesetz stünden, hätte dies keinerlei Effekt auf das Klima.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Wir probieren es wenigstens!)

Eine Festlegung gesetzlich verankerter verbindlicher Klimaschutzziele auf Landesebene wäre eher problematisch, weil die Einflussmöglichkeiten aufgrund der EU- und Bundesgesetzgebung begrenzt sind.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Aha!)

Wir in Bayern haben den Ansatz, weniger aufzuschreiben und mehr zu handeln.

(Lachen und Zurufe von der SPD: Oh!)

Der Klimaschutz beginnt bei uns zu Hause.

(Beifall bei der CSU)

Ich gehe davon aus, Sie würden dieses Gesetz ausdrucken und nicht nur per E-Mail verschicken. Das wäre wieder klimaschädlich, Herr Kollege.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Schon das konsequente Abschalten des Stand-by-Modus bei Elektrogeräten wie Druckern oder Fernsehern würde in ganz Deutschland 14 Millionen Tonnen CO₂ und zudem in vielen Haushalten bis zu 75 Euro an Stromkosten einsparen. Das zeigt: Klimaschutz beginnt zu Hause, nicht mit dem Aufschreiben von Paragraphen. Jeder kann seinen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Was wir individuell und regional nicht lösen können, muss auf Bundesebene und internationaler Ebene gelöst werden. Wir stimmen zum Beispiel mit der EU überein, dass wir beim CO₂-Zertifikatehandel zügig einen Marktstabilitätsmechanismus brauchen, der genügend Steuerungsinstrumente bietet, um zu einer deutlichen CO₂-Reduzierung zu kommen. Wir brauchen einen weltweiten CO₂-Zertifikatehandel, der wirkungsvoll, aber mit Augenmaß, vernünftige wirtschaftliche Anreize zur CO₂-Reduzierung bietet. Deshalb setzen wir große Hoffnungen auf den Weltklimagipfel in Paris. Die Erderwärmung schreitet voran und wird kaum noch zu stoppen sein.

(Florian von Brunn (SPD): Mit Ihrer Politik nicht!)

Es geht letztlich nur noch darum, sie auf ein erträgliches Maß zu begrenzen. Schon die Begrenzung der Erwärmung auf zwei Grad ist inzwischen ein ambitioniertes Ziel.

Die Entscheidung, ob das Zwei-Grad-Ziel erreicht wird oder nicht, hängt auch von den Schwellenländern China, Indien, Brasilien und Indonesien ab. Ohne diesbezügliche Entwicklung in den Schwellenländern wird dieses Ziel nicht zu erreichen sein; denn diese Länder sagen zu Recht, wir wollen zu dem Wohlstand kommen, den die entwickelten Länder haben, und setzen dabei natürlich auf wirtschaftlichen Erfolg. Dabei setzen sie auf Energie aus Kohle und Öl. Umso wichtiger ist es, auch dort beim Aufbau einer nachhaltigen, ressourcenbewussten Wirtschaft zu helfen. Dabei ist das Textilbündnis von Bundesentwicklungsminister Gerd Müller beispielhaft hervorzuheben.

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich all jenen danken, die bei den vielen Organisationen mithelfen, die sich in der Entwicklungshilfe engagieren und ihren Beitrag für eine nachhaltige Entwicklung vor Ort leisten. Aus eigener Anschauung weiß ich um den Wert von Initiativen in der Dritten Welt, die nachhaltige Wiederaufforstung gegen kurzsichtiges Abholzen setzen. Auch das gehört zum Kampf gegen den Klimawandel, noch dazu in Regionen, in denen der Ressourcenverbrauch aufgrund des Bevölkerungswachstums steigt. Laut einer Prognose der United Nations wird die Weltbevölkerung im Jahr 2100 circa 10,9 Milliarden Menschen umfassen, und die Zahl der Erdbewohner wird damit im Vergleich zu heute um fast 4 Milliarden Menschen ansteigen. Wenn wir verhindern wollen, dass die Situation eskaliert und die Bevölkerungsexplosion sowie Dürreperioden und Wasserknappheit zu noch mehr Kriegen führen, dann muss jetzt gehandelt werden.

Bei allen Anstrengungen birgt die Entwicklung aber auch große Chancen. Die Entwicklung und der Einsatz neuer Umwelttechnologien bieten eine große Chance, Wertschöpfung zu generieren, Bayern als Hightechland voranzubringen und einen Impuls für eine global nachhaltige Entwicklung zu setzen. Die Entkoppelung der Wertschöpfung vom Energieverbrauch ist unbedingt notwendig, wenn wir verhindern wollen, dass die Küstenregionen in Bangladesch im Jahr 2100 genauso überschwemmt sind wie die Küste der Niederlande und die Hansestadt Hamburg. Es ist ein großer Erfolg, dass sich die Staats- und Regierungschefs beim G-7-Gipfel in Elmau in Sachen Klima-

politik auf ein verbindliches Zwei-Grad-Ziel zur Begrenzung der Erderwärmung einigen konnten. Auf diesem Weg müssen die Verhandlungen in Paris weitergehen. - Klimapolitik ist nicht in irgendeiner Nische. Sie ist Kernanliegen bayerischer Umweltpolitik; denn es gilt, was Umweltministerin Ulrike Scharf gesagt hat: Klimapolitik ist Welt-Innenpolitik, und damit betrifft sie uns alle.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER darf ich jetzt Herrn Kollegen Zierer das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, meine Damen und Herren! Frau Staatsministerin Scharf, bei Ihrer Rede hatte man hin und wieder den Eindruck, Ihr Job mache Ihnen keinen großen Spaß.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

Frau Ministerin, alles was Sie zur Bedeutung des Klimagipfels in Paris gesagt haben, kann ich nur unterstreichen. Ich würde mir wünschen, dass es gelingt, die verschiedenen einzelstaatlichen Interessen unter einen Hut zu bekommen und einen echten Klimaschutzvertrag auszuhandeln; denn wir sind die erste Generation, die über den Klimawandel und seine weltweiten Folgen wirklich Bescheid weiß, und die letzte Generation, die noch handeln kann, um das Schlimmste zu verhindern. Sie haben es angesprochen: In Bayern droht eine Temperaturerwärmung um 4,5 Grad. Aber sogar wenn es gelingt, die globale Erwärmung auf maximal 2 Grad zu begrenzen, werden die Folgen des Klimawandels spürbar werden, zwar weniger ausgeprägt als in anderen Regionen der Welt, aber spürbar.

Vor wenigen Tagen hat das Umweltbundesamt seine sogenannte Verwundbarkeitsanalyse vorgestellt. Darin wird aufgezeigt, mit welchen Folgen des Klimawandels zu rechnen ist und wo Deutschland besonders verwundbar ist. Die Gefahr von Hochwas-

ser und Hitzewellen wird bis Mitte des Jahrhunderts deutlich zunehmen. Insbesondere Süddeutschland wird in Zukunft von Überschwemmungen infolge von Starkregen betroffen sein.

Außerdem wird sich die Zahl der besonders heißen Tage mit einer Temperatur von über 30 Grad verdoppeln. Der extrem trockene Sommer in diesem Jahr war bereits ein Vorgeschmack darauf und hat gezeigt, dass vor allem die Landwirtschaft vor sehr große Probleme gestellt wird. Die Folgen der Klimaveränderung werden vielfältig sein: Hochwasser auf der einen Seite, Wasserknappheit und Trockenheit in anderen Regionen; die Bodenerosionen werden noch mehr zum Problem. Die Artenzusammensetzung der Ökosysteme wird sich verändern. Neue Schädlinge können sich in Bayern ausbreiten. Die Biodiversität wird unter dem veränderten Klima leiden. Wissenschaftler sagen sogar einen Artenverlust von 5 bis 30 % voraus.

Die bayerische Klimaschutzstrategie hat zwei Ziele: Die Emission von Treibhausgasen soll gesenkt und an die unvermeidlichen Folgen des Klimawandels bestmöglich angepasst werden. Die Frage ist: Reicht das, was bisher verwirklicht wurde, und reicht das, was geplant ist?

Frau Ministerin, Sie haben von Diademen und Diamanten gesprochen. Man könnte meinen, Sie haben Bayerns Errungenschaften beim Klimaschutz mit einer glitzernden Sprache beschrieben. Leider haben Sie aber sehr wenig Substanzielles dazu gesagt, wie Bayern die Emissionen weiter senken will.

Klimapolitik heißt in erster Linie Energiepolitik. Die Hauptursache des fortschreitenden Klimawandels ist die Verbrennung fossiler Energieträger wie Kohle, Öl und Erdgas. In der EU liegt der Anteil der energiebedingten Emissionen an den gesamten Treibhausgasemissionen bei rund 80 %. Insofern ist die beste Klimapolitik das schnellstmögliche Umsteuern auf eine Vollversorgung mit erneuerbaren Energien.

Frau Ministerin, Sie haben uns gerade erzählt, dass Bayern den anderen Bundesländern um Längen voraus sei. Auch Herr Dr. Huber hat das erwähnt. Schauen wir uns

doch einmal die Fakten an. Hat Bayern seine Hausaufgaben wirklich gemacht? - 2007 lagen die CO₂-Emissionen in Bayern bei circa 5,99 Tonnen pro Kopf. Ihr Ziel bis 2025 lautet 5,5 Tonnen. Das wäre in 18 Jahren gerade einmal eine Minderung um 0,5 Tonnen pro Kopf. Wenn alle anderen Länder in einem vergleichbaren Tempo arbeiten würden, dann sage ich: Gute Nacht.

Ich will Ihnen bei den CO₂-Zielen eines zugestehen: Wenn man bereits ein niedrigeres Emissionsniveau erreicht hat, sind weitere Absenkungen sicherlich etwas schwieriger zu erreichen. Dennoch könnten und sollten Sie beim Ausbau der erneuerbaren Energien in Bayern viel ambitionierter sein. In ihrem Energieprogramm bezeichnet sich die Staatsregierung als Taktgeber in der Energiepolitik. Das ist aber absurd. Bayern hat seine Vorreiterrolle längst eingebüßt. Der Anteil erneuerbarer Energien am Stromverbrauch liegt in Mecklenburg-Vorpommern – man höre! – bei 100 %, in Schleswig-Holstein bei 100 % und in Brandenburg bei 82 %. Wo liegt Bayern? – Bei 35 %! Von wegen Vorreiterrolle, Herr Dr. Huber! Davon sind wir ganz, ganz weit weg. Von wegen spitze! Die 35 % erreichen wir auch nur, wenn man die Jahrzehnte alten Wasserkraftwerke dazurechnet.

Die Nutzung der Wasserkraft in Bayern hat eine sehr lange Tradition. 1926 standen in Bayern fast 12.000 Wasserkraftwerke. Heute sind es nur noch 4.000. Die Strommenge aus der Wasserkraft stagniert seit Jahren.

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Warum?)

- Warum? Weil Lobbyverbände teilweise mehr Einfluss haben als die Frau Ministerin.

(Erwin Huber (CSU): Welche Lobbyverbände denn?)

- Welche Lobbyverbände denn?

(Erwin Huber (CSU): Vielleicht die GRÜNEN?)

- Nein, das stimmt nicht. Das sind auch Ihre Leute aus den Ministerien, die Sie bei der Energiewende nicht mitnehmen können. Es ist doch Ihr Problem, dass Sie sie nicht mitnehmen können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Erwin Huber (CSU): Welchen Blödsinn reden Sie da? Sind wir denn im Narrenhaus?)

Selbst bei den erneuerbaren Energien haben Sie es geschafft, bei der Windenergie, die in den beiden letzten Jahren am besten lief, komplett die Luft herauszunehmen. Mit der 10-H-Regelung haben Sie den Ausbau der Windkraftanlagen fast zum Erliegen gebracht. Dazu nur ein paar Fakten: 2013 wurden noch 573 Genehmigungsanträge für Windkraftanlagen eingereicht. 2015 waren es nur mehr 12. So würgt man die viel beschworene Bürgerenergiewende ab. Damit gibt man die regionale Wertschöpfung aus den Händen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Es gibt noch viel mehr Beispiele für eine verfehlte Energiepolitik Bayerns. Ich nenne nur Biogas. Biogas wurde als wichtiger Baustein der dezentralen Energieversorgung gepriesen. Biogas ist flexibel, seine Energie ist speicherbar, und für die CO₂-Bilanz ist es extrem wichtig. Die Forschung dazu müssen wir weitertreiben. Biogas ist eine der wichtigsten erneuerbaren Energien.

(Erwin Huber (CSU): Und den Strom holen wir aus Tschechien!)

Die Bauern werden bei der Gewinnung von Biogas wieder genauso allein gelassen wie damals bei der Rapsölproduktion. Zuerst wurden sie gefördert, dann wurden sie besteuert, und dann wurde die Rapsölproduktion wieder abgewürgt. Seien wir doch ehrlich, genauso war es.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Erwin Huber (CSU): Ein bisschen Ahnung sollte man schon haben!)

Die ersten Altanlagen für die Biogasverbrennung fallen 2020 aus der Förderung. Es gibt keine Anschlussfinanzierung. Die Bauern draußen warten darauf. Strom aus Biogas ist rentabel, weil auch die Abwärme genutzt werden kann. Volkswirtschaftlich ist das enorm wichtig. Für die Leute, die ihre Anlagen an Biogas angeschlossen haben, ist es extrem wichtig zu wissen, wohin es geht. Beim Agrarministertreffen vor vier Wochen gab es wieder nur Lippenbekenntnisse. Ich bin darauf gespannt, ob auch Taten folgen. Nicht zum ersten Mal werden Landwirte mit dem Versprechen von staatlicher Förderung dazu gebracht, in klimafreundliche Technologien zu investieren. Ich habe es bereits gesagt: Allein mit den Ölmühlen hat man Landwirte in den Ruin getrieben. Zuerst hat man sie reingehetzt, dann hat man sie alleingelassen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Hier kann sich auch die CSU in Bayern nicht auf den Bund rausreden; denn sie ist im Bund seit über zehn Jahren ununterbrochen mit an der Regierung. Der Bund droht sein nationales Klimaschutzziel für das Jahr 2020 deutlich zu verfehlen.

Woran liegt das? Jahr für Jahr steigt der deutsche Stromexportüberschuss in ungeahnte Höhen. Ein Exportüberschuss wäre nicht so schlimm, würde es sich dabei nicht um Kohlestrom handeln. Leider ist das aber der Fall. Durch den Zubau erneuerbarer Energien wurden die teureren Gaskraftwerke vom Markt gedrängt. Angedacht war aber, dass die erneuerbaren Energien die schmutzigen Kohlekraftwerke vom Markt drängen sollen. Das würde auch funktionieren. Mit dem Emissionshandel wurde das Ganze aber konterkariert. Jetzt haben wir das Ergebnis. Die größten und dreckigsten Klimakiller bleiben am Netz. Von den fünf dreckigsten Kohlemeilern in ganz Europa stehen drei in Nordrhein-Westfalen und einer in Sachsen. Der Strom, der dort produziert wird, soll über die neuen Stromtrassen, egal ob oberirdisch oder unterirdisch, nach Bayern transportiert werden. Das kann es doch nicht sein. Damit geben wir die Energieversorgung aus der Hand.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Nicht nur die Stromwende, auch die Wärmewende kommt nicht voran. Die großen Potenziale liegen selbstverständlich in der Einsparung der Heizenergie. Auch hierfür gäbe es Techniken. 80 % der Wärme einzusparen, wäre möglich. Es ließe sich viel mehr tun, um diese Möglichkeiten auszuschöpfen. Wie immer die Energie erzeugt wird, es macht keinen Sinn, sie durch schlecht isolierte Fenster und Dächer nach draußen zu blasen. Dort mit einer Förderung anzusetzen, wäre eine Aufgabe der Staatsregierung. Dort könnten wir Energieeffizienz am besten erreichen.

Große Potenziale liegen auch bei den Kommunen. Wir FREIE WÄHLER hatten einen Antrag auf ein bayerisches Förderprogramm eingebracht. Leider wurde er abgelehnt. Das Bewusstsein und der Wille, etwas zu tun, sind in den meisten Städten und Gemeinden vorhanden. Allerdings fehlen die Mittel dazu. Diese Vorhaben zu unterstützen, wäre eine Aufgabe der Staatsregierung. Eine Förderung durch den Freistaat wäre unbedingt notwendig. Die Staatsregierung hat immer wieder betont, dass Bayern mit diesem Sonderprogramm Vorreiter bei der Sanierung sein will. Dann machen Sie es auch. Seien Sie Vorbild! Setzen Sie ein Zeichen, und geben Sie den Kommunen mehr Geld.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn man private Immobilienbesitzer dazu bringen will, mit der Sanierung ihrer Häuser zum Energiesparen und zum Klimaschutz beizutragen, brauchen wir nicht nur Vorbilder, sondern auch konkrete Anreize. Auch hier stünde die Staatsregierung in der Pflicht zu handeln.

Bei der Vermeidung von CO₂-Emissionen spielt der Verkehrssektor eine große Rolle. In der Industrie wurde eine Verringerung des CO₂-Ausstoßes erreicht, ebenso in privaten Haushalten, im Energiesektor und in der Landwirtschaft. Nur im Verkehr wird nach wie vor zu viel CO₂ ausgestoßen. Die Thematik der Elektroautos haben meine Vorredner bereits angesprochen. Bedauerlicherweise ist es wahr, dass hier noch sehr viel getan werden muss.

Ein verheerendes Signal für Bayerns Klimapolitik wäre es, wenn die Staatsregierung und die CSU-Mehrheit im Landtag weiter am Bau der dritten Startbahn am Flughafen festhalten würden. Was würde denn passieren, wenn der Flughafen noch mehr Kapazitäten hätte? - Wir alle wissen, dass der Konkurrenzkampf unter den Fluggesellschaften gnadenlos ist. Die Airlines würden diese Kapazitäten nur dazu nutzen, noch mehr Angebote zu schaffen, die darauf abzielen, der Konkurrenz Marktanteile zu nehmen. Erst diese Woche kam die Nachricht, dass ein holländischer Billigflieger die Lufthansa mit jährlich 6.000 Flügen ab München angreifen möchte. Ob ihm dies gelingt, ist fraglich. Dann gäbe es noch mehr Angebote auf Strecken, die eigentlich schon ausreichend bedient sind. Damit gäbe es noch mehr Flüge, die eigentlich nicht gebraucht werden, noch mehr Ausstoß von CO₂ und noch mehr klimaschädliche Gase.

Mich freut es, dass der Herr Ministerpräsident hier ist und dadurch die Diskussion über den Klimaschutz aufwertet. Das ist wichtig. Er hat erkannt, dass wir hier in Bayern bei der flugtechnischen Mobilität an Grenzen gestoßen sind. Das, was wir auf diesem Gebiet haben, reicht. Mehr brauchen wir hier nicht.

Meine Damen und Herren von der CSU, angeblich sollen 66 Abgeordnete bei einer Unterschriftensammlung mitgemacht haben, mit der gefordert wurde: Wir brauchen sie doch, die dritte Startbahn!

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Meldet euch mal!)

- Ja, die sollten sich melden. Vielleicht spüren sie ihren Zwiespalt an ihren Händen. Als sie vorhin bei der Rede der Frau Ministerin Scharf geklatscht haben, hätten ihnen eigentlich die Finger brennen müssen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Wenn man darüber redet, dass wir Klimaschutz brauchen, muss man auch politisch seinen Beitrag dazu leisten. Es sollte nicht nur bei Geschwätz bleiben, sondern es sollte entsprechend gehandelt werden.

Die Staatsregierung unternimmt einiges für den Hochwasserschutz. Sie nimmt dafür sehr viel Geld in die Hand, vor allem für den technischen Hochwasserschutz und die Flutpolder. Doch man sollte prüfen, ob man nicht besser die Kommunen mit Geldern unterstützen sollte. Sie wissen, wo es draußen Probleme gibt. Die Kommunen wissen, wo angesetzt werden muss, wenn bei Schlagwasser große Überschwemmungen entstehen. Die Kommunen wissen am besten, wo man das Geld am vernünftigsten einsetzt. Es ist nicht sinnvoll, mit zig Millionen oder Milliarden Euro Flutpolder zu bauen und dadurch teilweise in einem Umfang in die Planungshoheit von Gemeinden einzugreifen, dass sie sich nicht mehr entwickeln und nicht mehr miteinander leben können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Einiges hat sich getan in Bayern; aber es darf sich noch viel, viel mehr tun. Das gilt für viele Anstrengungen im Freistaat. Wir sollten und wir müssen vor Ort den Klimaschutz unterstützen. Frau Scharf - das sage ich auch mit einem Blick auf Ihre Kollegin, die Frau Ministerin Aigner -, ohne eine schlüssige, zukunftsorientierte Energiepolitik sind alle Anstrengungen für den Klimaschutz vergeblich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir FREIE WÄHLER haben dafür Ideen entwickelt und Vorschläge gemacht. Orientieren Sie sich daran! Dann ist Bayern auf einem guten Weg, und Sie werden eine gute Energiepolitik für unser Land machen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Bravo!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. Verbleiben Sie bitte am Rednerpult. – Jetzt folgt eine Zwischenbemerkung vom Herrn Kollegen Kirchner. Bitte.

Sandro Kirchner (CSU): Herr Kollege Zierer, Sie und auch der Kollege Rinderspacher sind sehr plakativ über das Thema 10-H-Regelung und Windkraft hinweggegangen. Ich bitte Sie: Nennen Sie mir einmal ganz kurz die Kriterien für den Bau einer Windkraftanlage in der heutigen Zeit! Auf welcher Grundlage beruht die Entscheidung

dafür? Erklären Sie mir bitte auch, weshalb aufgrund der 10-H-Regelung keine Windkraftnutzung mehr möglich ist.

(Beifall bei der SPD – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das sehen wir ja an der Auswertung!)

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Das habe ich bereits verdeutlicht. Denken Sie allein an die Anträge, die gestellt werden konnten. Die Planungshoheit der Gemeinden wird beschnitten.

(Erwin Huber (CSU): Ist doch gar nicht wahr! Sie haben doch gar keine Ahnung! – Widerspruch bei den FREIEN WÄHLERN)

- Selbstverständlich ist das wahr. Warum haben wir dann nicht mehr Anträge? Herr Huber, vielleicht haben Sie sich durch Ihre parlamentarische Arbeit inzwischen zu weit von den Kommunen entfernt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch bei der CSU)

Hören Sie sich doch die Sorgen der Bürgermeister an! Gehen Sie hinaus in die Gemeinden! Die Gemeinden, die Kommunen haben ihre Hausaufgaben gemacht. Jede Gemeinde wollte sich an der Energiewende beteiligen, doch sie sind ausgebremst worden. Sie werden immer wieder ausgebremst. Gehen Sie bei Wacker mit der Besteuerung runter! Gehen Sie in Ihrem Landkreis zum Bürgermeister!

(Widerspruch des Abgeordneten Erwin Huber (CSU) – Weitere Zurufe von der CSU)

Wir haben sehr gute Standorte. Wir hätten auch weiterhin sehr gute Standorte. Ich hoffe nur, dass die Klage von uns und der SPD erfolgreich ist. Dann können wir diesen Weg weitergehen. Dann können wir wieder Energie in Bayern erzeugen und brauchen uns nicht den dreckigen Kohlestrom über Leitungen, die keiner haben will, nach Bayern liefern zu lassen. Das ist doch das Entscheidende, nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Richtig!
Bravo! Jetzt habt ihr es gehört! – Widerspruch bei der CSU)

- Lenken Sie nicht mit Einwüfen von Ihrem eigenen Versagen ab! Arbeiten Sie fleißig an der Energiewende! Davon kann Bayern nur profitieren.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Jetzt beruhigen sich die Gemüter bitte wieder etwas. – Ich darf jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Herrn Kollegen Stümpfig das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Staatsministerin! Zu Beginn der Aussprache habe ich mich schon gefragt, was der Fall Bayern-Ei mit dem Klimaschutz zu tun hat. Herr Rinderspacher, welchen Beitrag zur Klimaüberhitzung haben die Salmonellen? Das müssen Sie mir mal erklären.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sollten uns heute auf das Thema Klimaschutz konzentrieren. Für alles andere gibt es Dringlichkeitsanträge.

In Ihrer Regierungserklärung, Frau Ministerin Scharf, hat mir die Überzeugung gefehlt. Sie haben von Herzblut gesprochen; aber Ihre Rede erschien mir einfach blutleer. Ich habe nicht erkennen können, dass Sie überzeugt sind und für das Thema brennen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sagen, im Zuge des Klimawandels werde es bis zu 4,5 Grad wärmer. Das ist eine Hammernachricht; anders kann man es nicht nennen. Sie bestätigt alle Prognosen, die wir bereits kennen. Sie tragen das vor, als würden Sie aus dem Telefonbuch vorlesen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dabei steht dahinter eine enorme Brisanz. Sie haben von der CSU-Fraktion nur sehr wenig Applaus bekommen. Vielleicht sind die CSU-Abgeordneten in Schockstarre; das würde ich noch begrüßen.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Dabei ist wohl das Gegenteil der Fall: All das lässt die CSU ziemlich kalt. Doch wir müssen uns diesem Thema verstärkt zuwenden und noch viel mehr darüber diskutieren.

Bei der Debatte fiel mir auch auf, dass Ihre Ziele ganz weit in der Ferne liegen. Sie sprechen von Zeiträumen bis 2020, 2030 oder bis zum Ende des Jahrhunderts. Herr Huber hat es geschafft, die weltweiten Probleme zu beschreiben. Das ist alles gut und schön. Aber was machen wir denn in Bayern? Wo bleiben denn Ihre Konzepte für Bayern? Die habe ich heute sehr vermisst.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich und meine Fraktion sind der festen Überzeugung, dass wir vor unserer eigenen Haustüre kehren müssen. Wir müssen erst einmal prüfen, was hier möglich ist. Dann können wir sagen: Jawohl, diese Maßnahmen können wir auch in die Welt exportieren; da sind wir Vorreiter; da wollen wir dranbleiben.

Heute führen wir wieder eine Diskussion um die 10-H-Regelung. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wissen doch, dass dieses Vorhaben komplett den Bach runterging. Herr Kirchner, bitte! Wo sind wir denn? – Momentan werden in allen Gemeinderäten bayernweit die Abstimmungen über den Bau neuer Windkraftträder verloren. Das ist Ihre Energiepolitik; sie ist gescheitert.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Widerspruch des Abgeordneten Sandro Kirchner (CSU))

Die Klimaüberhitzung – das Wort Klimawandel ist viel zu harmlos – bedroht unser Leben hier in Bayern. Es geht hier nicht nur um Eisbären in der fernen Arktis, nicht um Gletscher in Bolivien, sondern um die Zahl von 31 Hitzetagen heuer in Bayern, um die Überfüllung der Notaufnahmen im Sommer und um die Zunahme der Zahl der von Herzerkrankungen Betroffenen bis Ende des Jahrhunderts um das Zweieinhalb- bis Fünffache, wie eine Schriftliche Anfrage vom Herrn Kollegen Magerl und mir ergeben hat. Es gibt also wirklich Auswirkungen hier in Bayern. Wie leichtfertig das manche Menschen hinnehmen, wurde mir erst neulich bewusst, als ich Radio gehört habe und der Radiomoderator gesagt hat: Ich liebe den Klimawandel. So leichtfertig, wie dieser Moderator damit umgeht, so leichtfertig gehen auch Sie manchmal mit dieser Thematik um, liebe CSU-Staatsregierung und liebe CSU-Fraktion; so kommt es mir vor. Sie verharmlosen weiterhin, was man alles machen müsste.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihre Regierungserklärung benennt heute die Folgen und beschreibt die Situation. Frau Scharf, dafür danke ich Ihnen. Wir danken Ihnen, dass Sie dieses Thema heute zur Sprache bringen. Was uns aber fehlt, das sind die Konsequenzen, die sich aus dieser Darstellung heraus ergeben. Was folgt also aus diesen ganzen Bekenntnissen? – In der Vergangenheit wurden Arbeitskreise gegründet. Sie haben Enquete-Kommissionen installiert und das Programm "Energie innovativ" beschlossen. Was ist daraus geworden? – Das meiste hat sich in Luft aufgelöst oder wurde wieder eingestampft. Wir fragen: Wo bleiben die Aktivitäten der Staatsregierung, die wirklich einen Rückgang der Treibhausgase bewirken? Wo bleibt der Schutz der den Kohlenstoff speichernden Böden? – Fehlanzeige. Wo eine Reduzierung der Klimagase in der Landwirtschaft? – Fehlanzeige. Wo eine Reduzierung der Transporte und der Verkehrsleistung? – Fehlanzeige. Wo eine Durchforstung der staatlichen Förderung auf Fehlanreize wie beispielsweise Schneekanonen? – Auch das wird nicht getan. Wo eine konsequente Einführung von Klimaschutzbemühungen bei den Umwelt- und Klimapartnern? – Fehlanzeige. Wo eine Vorbildfunktion der Staatsregierung beim Einsparen von Wärme

und Energie? – Auch hier: Fehlanzeige. Abschließend aber die Krönung: Wo bleiben ernsthafte Ziele bei den erneuerbaren Energien im neuen Energieprogramm? – Hier ist von Ihnen, Frau Ministerin Aigner, nur eine absolute Fehlanzeige feststellbar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, so können wir der Klimaüberhitzung aber nicht die Stirn bieten. Sie, Frau Scharf, sprechen von Mut und von Ihrer Vorstellung von Verantwortlichkeit. Ich weiß wirklich nicht, wie angesichts dieser Aufzählung, die ich gerade gemacht habe, überhaupt von Mut gesprochen werden kann. Was hat das mit Mut zu tun? Was hat das mit Verantwortung zu tun? Was hat das mit Regierungsverantwortung zu tun? – Rein gar nichts!

(Beifall bei den GRÜNEN)

So werden es nur vollmundige Bekenntnisse bleiben, wie das "Klimaprogramm Bayern 2020", das vor Jahren großmundig verabschiedet wurde. Es ist aber seit dem Jahr 2013, also seit zwei Jahren, finanziell trockengelegt.

Ich möchte noch zwei bis drei Beispiele aus der Praxis nennen. Sie haben die Klimaallianz erwähnt und die Vereinbarung mit der ANU, der Arbeitsgemeinschaft Natur und Umweltbildung. Sie wurde vor drei Jahren getroffen. Es wurde vereinbart, vier bis fünf Modellprojekte umzusetzen im Rahmen des Modellprojekts Klimanetze "Lernende nachhaltige Region". Da steht aber der Zusatz dabei: soweit Mittel zur Verfügung stehen. Offensichtlich standen die Mittel nicht zur Verfügung; denn es ist nichts passiert, es sind wohl keine Mittel vorhanden. Das ist Ihr Beitrag zur Umweltbildung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein anderer Aspekt ist der 12-Punkte-Plan der Staatsregierung mit dem BUND Naturschutz und dem Landesbund für Vogelschutz – LBV: 20 % Stromeinsparung bis zum Jahr 2020. Was stellen wir heute fest? – Wir verbrauchen in Bayern heute weitaus mehr Strom als in der Vergangenheit. Im Jahr 2000 haben wir noch 73 Terawattstunden

den verbraucht, jetzt sind es 86 Terawattstunden. Das sind ungefähr 20 % mehr, Frau Aigner, als noch vor 15 Jahren. Der Pakt, den man damals geschlossen hat, das 12-Punkte-Papier mit dem Ziel, 20 % weniger zu verbrauchen, das haben Sie einfach umgedreht. Derzeit sind es 20 % mehr Stromverbrauch in Bayern. Das ist Ihre Vorstellung von Energiepolitik. Das ist die bayerische Energiepolitik. Sie versagen auf ganzer Linie!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu den CO₂-Minderungszielen: Die bayerische Klimapolitik ist durch und durch träge. Es gibt kein klares Ziel, vor allem aber gibt es kein ehrliches Ziel. Damit sind wir auch schon beim nächsten Punkt. Sie, Frau Scharf, haben als Credo ebenfalls Ehrlichkeit. In puncto Ehrlichkeit müssen wir aber sagen, dass wir in der Vergangenheit die guten CO₂-pro-Kopf-Werte mit einem gewaltigen Atommüllberg erkaufte haben. Momentan erkaufen wir sie uns immer noch mit der Produktion von hoch radioaktivem Atommüll. Diese Zeiten sind aber zum Glück vorbei, und dazu haben wir von den GRÜNEN beigetragen. Endlich steigen wir aus der Atompolitik aus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihr Energieprogramm, Frau Aigner, sagt als Ziel für die nächsten 10 Jahre eine Reduktion auf 6,1 bis 5,5 Tonnen voraus. Dieses Ziel ist aber vollkommen unzureichend. Außerdem muss man ganz klar sagen, dass das eine Lüge ist. Sie bilanzieren nämlich nur die Emissionen, die bei uns hier im Land entstehen. Wir werden aber im Jahr 2025 50 % unseres Stroms importieren, und dafür haben wir erst kürzlich wieder eine schriftliche Bestätigung vom Ministerium erhalten. 2025 werden wir 50 % unseres Stroms importieren. Das heißt, wir werden unter anderem Braunkohlestrom nach Bayern bekommen, wenn CSU, SPD und CDU nicht endlich den Kohleausstieg schaffen.

Heute gab es dazu einige Anmerkungen von Ihnen, wonach Sie aus der Kohle heraus wollen. Das war aber alles etwas halbherzig. Bitte, Große Koalition, machen Sie endlich Nägel mit Köpfen: Der Ausstieg aus der Kohle ist ganz, ganz wichtig. Wenn Sie

das nicht schaffen, dann haben wir auch weiterhin ganz hohe Emissionen in Bayern. Wenn man das hochrechnet, dann sind es eben nicht fünf oder sechs Tonnen, sondern dann kommen noch zwei Tonnen dazu aufgrund des dreckigen, nach Bayern importierten Kohlestroms.

Wenn Sie jetzt noch ehrlich sind – und da sind wir wieder beim Thema Ehrlichkeit –, dann müssen Sie auch die nicht energiebedingten CO₂-Emissionen bilanzieren. Das passiert in Bayern bislang überhaupt nicht. Herr Staatsminister Brunner ist im Moment leider nicht anwesend. Frau Scharf, das müssen Sie durchsetzen. Wir brauchen eine CO₂-Bilanz, die auch die Landwirtschaft einbezieht. Da sind wir nämlich mittlerweile bei 20 bis 24 Millionen Tonnen aus der Landwirtschaft. Also kommen noch einmal zwei Tonnen pro Kopf dazu. Dann sind wir ungefähr bei 10 Tonnen. Das wäre eine ehrliche Bilanz. Davon müssen wir herunter. Dann können wir darüber diskutieren, welche Maßnahmen wir brauchen. Eine ehrliche Bilanz ist für uns Grundvoraussetzung; deshalb unser Antrag. Wir brauchen nicht nur eine Quellenbilanz zur CO₂-Bilanzierung, sondern wir brauchen eine Verursacherbilanz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Staatsregierung glänzt momentan insbesondere bei der Erstellung von Statistiken, aber nicht dort, wo es unseren Kindern und Enkeln wirklich hilft. Die sind es nämlich, die mit den Folgen dessen leben müssen, was wir heute entscheiden.

In Paris wird über ein existenzielles Menschheitsproblem verhandelt. Die CSU-Staatsregierung hat dazu leider nichts beizutragen, im Gegenteil. Für die Klimapolitik erwärmt sich leider kein Regierungsmitglied. Man sieht das auch; denn die Regierungsbank ist relativ spärlich besetzt. Stattdessen gibt es lange und hitzige Diskussionen über den Bau der dritten Startbahn. Frau Umweltministerin Scharf, wir begrüßen es, dass Sie in Paris anwesend sind. Wir begrüßen es – das habe ich eben schon erwähnt –, dass Sie dieses Thema aufgreifen und dass es Ihnen persönlich wichtig ist. Gleichwohl müssen wir ehrlich fragen: Was können wir erwarten? – Von Ihnen als Um-

weltministerin erwarten wir einiges mehr, als Sie liefern. Das liegt natürlich auch an der Konstellation Ihres Umweltministeriums, dessen politischer Einfluss unter der Nachweisgrenze bleibt. Wir fragen: Was kann ein Umweltministerium, dessen politisches Gewicht leichter ist als eine Daunenfeder, wirklich bewirken? – Hier sind wirklich Mängel im System gegeben. Die Aufgabenverteilung innerhalb der Staatsregierung ist so gestrickt, dass die Gewinnmaximierung und die Rendite vorne stehen. Unsere grüne Botschaft ist hier klar: Die Wirtschaft muss dem Menschen nutzen und nicht der Mensch der Wirtschaft. Die Gesundheit der Menschen, der Schutz der Bürger, der Schutz der Natur stehen für uns ganz vorn.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Umweltministerium sind Sie zwar für die Klimapolitik zuständig, aber für die ganzen Bereiche, in denen die Klimagase emittiert werden, sind Sie nicht zuständig, Frau Ministerin Scharf. Verkehr und Energie ist im Wirtschaftsministerium angesiedelt, der gesamte Baubereich im Innenministerium, die Landwirtschaft im Landwirtschaftsministerium. Wenn wir schon bei der Landwirtschaft sind: Herr Staatsminister Brunner, der heute leider nicht anwesend ist – vielleicht befindet er sich in einer Schockstarre –, müsste angesichts der genannten Zahl 4,5 Grad mehr in Bayern aufschreien. 4,5 Grad mehr in Bayern - das ist für unsere Land- und Forstwirtschaft eine echte Katastrophe. Da können wir mit den derzeitigen Bewirtschaftungsmethoden einpacken; dann können wir uns vielleicht überlegen, ob wir in Bayern aride Agroforstwirtschaftsmaßnahmen machen. So hat unsere derzeitige Land- und Forstwirtschaft auf jeden Fall keine Zukunft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das bayerische Umweltministerium hat zu diesen fatalen Entwicklungen in Bayern anscheinend keine Meinung und auch keine Kompetenz. Insofern sind Sie, Frau Scharf, leider etwas zu bemitleiden; denn das Problem sitzt woanders: Es sind die führenden Kräfte in der CSU, einschließlich des Vorsitzenden und Ministerpräsidenten Seehofer,

der keinen Finger für den Schutz des Erdklimas rührt und keinen Plan und kein Konzept hat, wie der Beitrag Bayerns zur globalen Verantwortung aussehen könnte. Ich nehme Sie beim Wort: Risiken erkennen und Risiken beheben! Herr Seehofer ist für uns das personifizierte Klimarisiko.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich frage Sie deshalb: Wann wachen Sie auf? Wann wacht die CSU-Fraktion auf? Wann wacht die Große Koalition in Berlin auf und entscheidet endlich über den Kohleausstieg? – Die Überhitzung des Erdklimas macht an unseren Grenzen nicht halt. Wir spüren sie bereits am eigenen Leib: das Hochwasser in Deggendorf und Passau im Jahr 2013, momentan eine Trockenheit in Franken, wie wir sie noch nicht erlebt haben, 2015 war das heißeste Jahr, die Quellen der Pegnitz waren über Monate versiegt, die Quelle der Eger ebenfalls. In meiner Region im westlichen Mittelfranken schaut es kein bisschen besser aus. Trinkwassermangel im Bayerischen Wald, Mitterfirmiansreut im Landkreis Freyung-Grafenau und Sonnen im Landkreis Passau wurden mit Tankfahrzeugen beliefert. Von Sonntag bis Dienstag haben sie wieder 100 Liter pro Quadratmeter Niederschlag bekommen. Vom Vertrocknen gehen sie direkt über ins Ersaufen. Das können Klimaauswirkungen sein, wie wir sie in Zukunft noch viel, viel mehr werden spüren müssen. Dagegen müssen wir gemeinsam ankämpfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir fragen uns: Was muss noch passieren, damit Sie endlich aufwachen? Muss Passau absaufen? Müssen die Weihnachtsbäume in Bayern allesamt vertrocknen? Muss die Asiatische Mücke in der Staatskanzlei einfallen? – Die Asiatischen Mücken bringen vielleicht den einen oder anderen Minister endlich in die Gänge. Trotzdem sind das Auswirkungen, die wir nicht haben wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Als Conclusio sage ich noch einmal: Die Klimapolitik erfordert ein grundsätzliches Umdenken, und dazu ist die Bayerische Staatsregierung nicht bereit. Bayerische Klimapolitik funktioniert eben nicht, wenn der Ausbau der erneuerbaren Energien gestoppt wird und Braunkohlestrom importiert wird, wenn Flughäfen ausgebaut und noch mehr neue Straßen gebaut werden, wenn der Flächenverbrauch nicht begrenzt wird und an unseren Stadträndern weiterhin Supermarktketten in die Höhe sprießen, unsere Innenstädte veröden und Herr Minister Söder die Landesplanung als "Monopoly" versteht. Bayerische Klimapolitik funktioniert auch nicht, wenn die Biolandwirtschaft nicht massiv gefördert wird und Monokulturen, industrialisierte Landwirtschaft und der Energiebedarf in der Landwirtschaft weiterhin keine Themen sind, wenn Schneekanonen weiter gefördert werden, obwohl Ihr Klimareport, Frau Scharf, nochmals bestätigt, dass sich die Schneeverhältnisse um rund 1.000 Meter nach oben verschieben. Sehr geehrte Damen und Herren, die bayerischen Berge werden nicht so wachsen wie die leeren Versprechungen der CSU-Staatsregierung und ihre Selbstbeweihräucherung. Deshalb: Stoppen Sie den Wahnsinn mit den Schneekanonen, und schauen Sie den Tatsachen endlich in die Augen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir fordern Sie auf, Frau Scharf: Entwickeln Sie eine Gesamtstrategie, setzen Sie sich den Hut auf, und erstellen Sie ein Klimaschutzgesetz, das klare Handlungsvorgaben macht, erstellen Sie ein integriertes Konzept, an dem man wirklich sieht, wo wir momentan liegen, wie der Bestand ist, wo die Potenziale und wo die Maßnahmen sind, was noch konkretisiert werden muss. Wir brauchen die Verursacherbilanz; das habe ich eben schon erwähnt.

Jetzt gilt es, Maßnahmen zu ergreifen. Bayern muss ein verbindliches Ziel formulieren; das haben wir noch nicht. Wir müssen Etappen festlegen, die nicht bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag reichen, sondern zeitnah liegen. Bis zum Ende der Legislaturperiode wäre zum Beispiel eine sinnvolle Etappe. Wir müssen Parameter festzurren und alle

drei Jahre kontrollieren, wo wir stehen. Das fehlt momentan komplett: ein Controlling, ein Monitoring.

Also hier noch einmal unsere Forderungen: an die Staatsregierung die Forderung zur Umstrukturierung des Umweltministeriums. Es braucht einfach mehr Kompetenzen, wenn wir aktiven Klimaschutz leisten wollen. Die Umweltbildung müssen wir so ausbauen, dass wir die Menschen in Bayern wirklich erreichen. 800.000 ist ein guter Beginn, aber da müssen wir noch viel, viel mehr machen. Frau Scharf, wir brauchen endlich ein Klimaschutzgesetz, wir brauchen eine ehrliche CO₂-Bilanz, ein Monitoring, das auch die Landwirtschaft einbezieht.

Die Moorrenaturierung ist heute noch nicht genannt worden; das ist für uns ein ganz wichtiger Punkt. Da wäre es schon sehr hilfreich, wenn das Ministerium ganz genau hinschauen würde, wo Grünland umgebrochen wird, wo weiterhin in Ackerland umgewandelt wird. Hohe Emissionen werden entstehen. Die Moorrenaturierung ist also ein ganz wichtiger Punkt.

Wir sind der Auffassung, dass die Klimakonferenz in Paris ein Erfolg werden muss. Das ist bitter nötig; denn nur mit einem Erfolg haben wir die Hoffnung, dass wir die Klimaüberhitzung noch einigermaßen in den Griff bekommen können. Das Fenster schließt sich. Wir müssen heute schnell und entschlossen handeln.

Bayern kann die Welt nicht retten; das ist uns allen klar. Wir können aber ein Vorbild für die Welt sein. Wir können zeigen, wie Wohlstand, Schutz des Klimas und Verantwortung für die gemeinsame Welt zusammengehen: nämlich mit politischem Willen und der Kreativität der Menschen. Wir können es schaffen, wir müssen es nur wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. - Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Hofmann gemeldet. Bitte, Herr Kollege.

Michael Hofmann (CSU): Lieber Herr Kollege Stümpfig, Sie haben mehr Ehrlichkeit in der Klimapolitik angemahnt, Sie haben den Ausstieg aus der Kohleverstromung gefordert. In Bayern können wir das alles machen. Ich will aber darauf hinweisen, dass sich das Land Nordrhein-Westfalen unter Mitverantwortung der GRÜNEN massiv dagegen gewehrt hat, aus der Kohleverstromung auszusteigen.

(Widerspruch des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Das heißt, Sie müssten Ihre Parteifreunde in Nordrhein-Westfalen so weit bringen, dass sie sich von der Kohleverstromung abwenden. Mich würde interessieren, was Sie persönlich unternehmen, damit wir das hinbekommen. – Mit uns kann man das jederzeit machen. Zur Ehrlichkeit gehört auch, Herr Kollege, anzusprechen, dass Sie sich in Ihrer Partei mit dieser Position nicht durchsetzen können.

(Beifall bei der CSU)

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Hofmann, ich habe es in meiner Rede erwähnt: Ich möchte heute über Bayern sprechen und nicht über andere Bundesländer.

(Zurufe von der CSU: Ah!)

Wir müssen vor unserer eigenen Haustür kehren; da hätten wir einiges zu tun. In Bayern kommen die CO₂-Emissionen zu 46 % aus der Wärmezeugung, zu 39 % aus dem Verkehr und nur zu 15 % aus der Stromerzeugung. Diesen Anteil von 15 % könnten wir nahezu halbieren, wenn wir die Steinkohlenutzung in Bayern abschaffen würden. Das sind klare Voraussagen. Wir könnten das Kraftwerk Zolling abschalten; wir brauchen es nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das sind Ihre Hausaufgaben, die Sie als CSU-Staatsregierung machen müssen. Eine massive CO₂-Einsparung in der Kohlekraft ist hier möglich. Sie sollten nicht immer in

andere Bundesländer schauen und sagen, diese und jene sollen etwas tun. Natürlich müssen wir bundesweit aus der Kohlekraft aussteigen. Was aber hat Herr Seehofer am 01.07. in Berlin gemacht? – Da war er anscheinend sehr zufrieden, als er nach Hause kam und im Gepäck zwei mögliche Gaskraftwerke für Bayern hatte. Als es darum ging, Hartz IV für die Kohlekraft zu beschließen, war er wahrscheinlich relativ still und hat nichts dazu beigetragen. Das Bundesland Bayern müsste in Berlin doch eine ganz laute Stimme für den Kohleausstieg haben. In Bayern liegt keine Kohle im Boden. Deswegen müsste die Stimme der CSU ganz laut sein. Was aber hört man? – Schweigen im Walde.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich für die CSU-Fraktion Frau Kollegin Brendel-Fischer das Wort erteilen. Bitte schön, Frau Kollegin.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sich an den Klimawandel anzupassen, ist das eine, etwas dagegen zu tun, das andere. Wir müssen in Bayern beides leisten: Wir müssen weiterhin engagiert durch Forschung und Entwicklung Alternativen zu klimaschädlichen Materialien, Verfahren und Techniken auf den Weg bringen, und gleichzeitig müssen wir den Umgang mit den veränderten klimatischen Rahmenbedingungen wahrnehmen und notwendige Anpassungen vollziehen.

Klimaschutz ist ein wichtiger Bestandteil bayerischer Umweltbildung – sie ist heute überhaupt noch nicht zur Sprache gekommen –, ob in den 53 Umweltstationen oder den zahlreichen Einrichtungen und Netzwerken, die sich der Umweltbildung verschrieben haben. Energie- und Klimaprojekte rangieren nämlich mittlerweile auf der Angebots- und Nachfragepalette ganz oben, insbesondere in der Jugendarbeit. Um diese Arbeit anspruchsvoll auszufüllen, wurde bereits seit 2006 das Qualitätssiegel "Umweltbildung Bayern" 150 Mal verliehen. Die ausgezeichneten Partner führen jedes Jahr über 30.000 Veranstaltungen durch und erreichen an die 800.000 Kinder, Jugendliche

und Erwachsene. Bis zum Jahr 2020 soll aufgrund einer besseren Mittelausstattung des Ministeriums noch einmal deutlich zugelegt werden.

Im Rahmen von Projekten liegt bei der Auseinandersetzung mit Natur und Umwelt vor allem – das ist heute auch noch nicht so zur Sprache gekommen – auf unseren Konsumgewohnheiten und Lebensstilen ein Schwerpunkt. Da geht es beispielsweise um die Vorteile regionaler Wirtschaftskreisläufe, den klimafreundlichen Einkauf von Lebensmitteln, aber auch von Kleidung, um Urlaubsgewohnheiten, um Werterhalt insgesamt und um Gewohnheiten bei der eigenen Mobilität.

Herr Rinderspacher, Sie haben – das war lustig – einerseits die Flugbewegungen kritisiert und andererseits von Ihrer Reise in den Iran berichtet. Ich gehe davon aus, Sie waren nicht mit dem Fahrrad dort.

(Inge Aures (SPD): Mit dem Schiff!)

Klima- und Energiefragen sind auch an unseren Schulen zum Kernthema nicht nur in den Naturwissenschaften geworden. Nein, auch im Internet finden sich zahlreiche Portale, die bedarfsgerecht auf die bayerischen Lehrpläne zugeschnitten sind und geeignete Projektideen liefern.

Wir haben in Bayern seit kurzer Zeit auch ein Alleinstellungsmerkmal: In die Lehrpläne aller Jahrgangsstufen von 1 bis 10 ist über alle Schularten hinweg die Vermittlung von Alltagskompetenz integriert. Das wirkt auf diesem Feld sehr verstärkend.

Meine Damen und Herren, der größte Klimaschützer in Bayern ist unser Wald. Auf einem Drittel unserer Landesfläche – das sind 2,5 Millionen Hektar – stehen circa fünf Milliarden Bäume. Auf jeden von uns Bayern kommen also ungefähr 2.000 m² Waldfläche. Damit verfügt der Freistaat über einen riesigen Kohlenstoffspeicher. Bei einem Festmeter Holz – viele wissen das nicht – entzieht ein Baum der Luft eine Tonne CO₂. Daraus erzeugt er 750 kg Sauerstoff und bindet 250 kg Kohlenstoff. Trotz guter Holzpreise verzeichnen wir mehr Zuwachs als Einschlag. Da kursieren in der Öffentlichkeit

immer Vorurteile und Unwahrheiten. Bayerns Waldfläche ist nicht geschrumpft. Nein, sie ist in den letzten Jahren gewachsen. Wir haben gute Holzvorräte. Der Baustoff Holz erfährt ein Comeback.

Ich komme zu der von Herrn Stümpfig erwähnten Moorrenaturierung. Der biotoptypische Wasserstand konnte seit 2008 im Rahmen des Klimaschutzprogramms in 19 Moorkomplexen auf einer zusammenhängenden Fläche von über zehn Hektar Größe wieder erreicht werden. Sechs Moore von weniger als zehn Hektar Fläche wurden vollständig renaturiert. An weiteren, kleineren Standorten wurden entsprechende Maßnahmen vorgenommen.

Wie kaum eine andere Branche ist die Landwirtschaft – das wurde angesprochen – sehr stark vom Klima abhängig. Wir erleben das gerade im Norden Bayerns in diesem Jahr. Lang anhaltende Trockenperioden bei gleichzeitigem Temperaturanstieg bereiten den Bewirtschaftern natürlich Sorge. Deshalb ist gerade vonseiten der Landwirtschaft das Bestreben groß, dem Klimawandel zu begegnen. Dies zeigt sich auch an Zahlen. In den letzten 25 Jahren wurden die Treibhausgasemissionen in der deutschen Landwirtschaft um fast 25 % gesenkt. Weitere Reduktionsziele für Lachgas und Methan stehen an. In gewisser Weise lassen sich aber in der Landwirtschaft nicht alle Daten zurückfahren, weil es sich um natürliche Kreisläufe handelt. Von daher ist da nicht so viel zu machen wie vielleicht in anderen Bereichen.

Beim Bayerischen Kulturlandschaftsprogramm wurde ein eigener Schwerpunkt Klimaschutz eingerichtet, in dem momentan rund 20.000 Landwirte auf einer Fläche von 500.000 Hektar Maßnahmen beantragt haben. Das zu dem Stichwort Agrarsteppe. Eine spezielle Maßnahme sieht dabei beispielsweise die Umwandlung von Acker- in Grünland vor. Das ist eine wünschenswerte Entwicklung. Die bayerischen Bauern stehen insgesamt – das muss allen Fraktionen bewusst sein – für nachhaltiges Wirtschaften, für kurze Wege und für regionale Kreisläufe. Wir alle wissen ihr großes Engagement bei der Energiewende vor Ort zu schätzen. Biomasse ist aktuell der wichtigste erneuerbare Energieträger in Bayern.

Bewusstsein anzubahnen und Haltungen zu verändern, gelingt am ehesten vor Ort. Deshalb greifen trotz des vorhandenen Energieengagements von Einzelpersonen, Betrieben und Bürgergenossenschaften viele Kommunen das Thema Klimaschutz auf. Es gibt zahlreiche Initiativen vonseiten des Freistaates, der unterschiedlichen Ministerien, zum Beispiel Klimaschutzkonzepte, aber auch Energiekonzepte zu fördern. Insbesondere für den nationalen Klimaschutz gibt es aktuell ein eigenes ganzheitliches Klimaschutzmanagement, das einige Landkreise in Bayern auch konstruktiv angehen. Da geht es um mehr Sensibilität für das Energiesparen, aber auch um die konkrete Planung und Umsetzung einschlägiger Projekte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Anstrengungen und Erfolge der Bayerischen Staatsregierung und der CSU werden vonseiten der Opposition immer infrage gestellt. Demgegenüber weise ich darauf hin, dass wir im Vergleich zu anderen Bundesländern gut aufgestellt sind. Unsere Energiewende ist am Laufen.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Die läuft gerade weg!)

Wenn Sie hier mit Mecklenburg-Vorpommern kommen, dann berücksichtigen Sie doch beim Vergleich mit dem Freistaat einmal die geografische Lage dieses Landes und seine Windkraftmöglichkeiten.

Zum Biogas, Herr Kollege von den FREIEN WÄHLERN: Sie wissen sicherlich auch, dass man jetzt in die Direktvermarktung einsteigen kann. Das machen Biogasbetreiber bereits. Von daher ist keine Gefahr in Verzug.

Der Wärme- und Mobilitätsbereich wurde heute wiederholt angesprochen. Uns ist bewusst, dass er fast 70 % des Energieverbrauchs ausmacht. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass Bayern das einzige Bundesland ist, das mit einem 10.000-Häuser-Programm zur Wärmewende beiträgt. Bei der Mobilität geht es nicht nur um den Elektrosektor; es geht auch um Optionen, was Biokraftstoffe angeht. Wir haben hier entsprechende Mittel für die Forschung eingestellt. Es gibt auch einschlägige Aktivitäten unserer Wirtschaft, unserer Hochschulen und außeruniversitärer Kooperationspartner.

Dringend erforderlich ist eine deutliche Nachsteuerung im nächsten EEG, die in den Bereichen Abhilfe schafft, wo es nicht so läuft.

Klimaschutz gibt es nicht zum Nulltarif. Deshalb möchte ich in diesem Zusammenhang bayerische Unternehmen hervorheben, die sich in den letzten Jahren auf den Weg gemacht haben, Klimaschutz durch nachhaltige Investitionen zu etablieren. Es gibt natürlich Unternehmen, die sich eine gewisse Klimagerechtigkeit wünschen. Sie brauchen nur den Strompreis bei uns und in anderen Ländern und die internationalen Wettbewerbsbedingungen anzuschauen. Da gibt es große Unterschiede. Ich wundere mich über den einen oder anderen Redner, der meint, wir Bayern lebten unter einer Käseglocke und hätten mit anderen Staaten und Wirtschaftskreisläufen nichts zu tun. Klimaschutz ist letztendlich nicht nur vom Mitteleinsatz abhängig, sondern auch von unserer Bereitschaft, tradierte eigene Alltagsgewohnheiten abzulegen, auch manchmal auf Bequemlichkeit zu verzichten und unser persönliches Verhalten zu ändern, was im Übrigen oft auch unserer Gesundheit zuträglich wäre.

Ich bedanke mich bei der Ministerin, beim Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz, aber auch bei allen anderen Häusern; denn die Debatte zeigt eindeutig: Das Thema Klimaschutz ist absolut ressortübergreifend. Überall müssen gute Ideen entwickelt und vorgebracht werden. Im Verbund wird es in Bayern gelingen, eine gute Klimaschutzpolitik weiterzuentwickeln und eine entsprechende Energiepolitik zu erreichen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Kollege Stümpfig hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Frau Kollegin, Sie haben das 10.000-Häuser-Programm angesprochen. Wie erklären Sie sich, dass wir ein neues Förderprogramm auflegen – Sie erwähnten das im Rahmen des Klimaschutzes –, aber im Jahre 2016 immer noch

fossile Heizungen, Erdgasheizungen und Ölheizungen gefördert werden sollen? Wie ist das mit Klimaschutz vereinbar, wenn andere Länder, zum Beispiel Dänemark, fossile Heizungen ab 2018 verbieten?

Noch eine zweite Frage: Sie haben gesagt, Klimaschutz sei nicht zum Nulltarif zu haben. Was machen Sie denn im Bereich der Verkehrswende? Was passiert denn da? Warum investiert die Bayerische Staatsregierung einen Großteil ihrer Gelder in den Straßenneubau, aber im ÖPNV oder bei der Elektrifizierung der Schienenstrecken passiert überhaupt nichts?

(Hans Herold (CSU): Straßensanierung!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Man sollte schon zurechtrücken, dass in unseren Straßenbauhaushalten insbesondere Sanierungen und ein besserer Unterhalt stecken, weniger große Neutrassierungen. Es ist Konsens in meiner Fraktion, dass die Prioritäten beim Straßenunterhalt liegen.

(Peter Winter (CSU): Haushalt lesen! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Was den ÖPNV anbelangt, wurden auch die Regionalisierungsmittel im Bund auf unsere Initiative hin deutlich erhöht. Und im Übrigen muss man darauf hinweisen, dass Bayern ein Flächenstaat ist; der ländliche Raum hat einen Anteil von 85 %. Es ist sehr schwierig, alle Orte mit dem ÖPNV zu erreichen. Wir sind auf einem guten Weg, auch mit der Förderung von Bürgerbus-Modellen, aber wir kommen nicht umhin, zuweilen warme Luft in Bussen durch die Landkreise zu fahren, weil die Nutzung doch nicht so ist, wie wir uns das vorstellen.

Was die Heizungen anbelangt, denke ich, dass sich innerhalb der Bevölkerung ein Bewusstseinswandel abzeichnet. Junge Leute, die Wohneigentum erwerben wollen, achten darauf, welches Heizsystem vorhanden ist bzw. welches Heizsystem sie für sich und ihre Familie favorisieren. Dieses Bewusstsein ist heute ganz anders ausgeprägt.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Wir können aber andererseits bei älteren Immobilien diese Möglichkeiten nicht pauschal versagen. Wir haben eine Wohnungsnot und sind dabei, mit gut ausgestatteten Wohnbauprogrammen in die Spur zu kommen. Wir werden das auch schaffen. Es ist aber immer leichter gesagt als getan. Die Handlungsrichtung und der Wunsch von unserer Seite, etwas zu verbessern, sind jedenfalls absehbar.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. - Als Nächster hat Kollege Markus Blume von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Markus Blume (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte die verbleibenden Minuten der Debatte nutzen, um noch einige Anmerkungen zu Punkten zu machen, die ich so nicht stehen lassen kann und will.

Ich will vorausschicken, dass ich etwas betrübt bin: Wir haben festgestellt – die Ministerin hat es gesagt, Herr Kollege Huber hat es gesagt –, dass wir vor der weltgrößten Aufgabe stehen, die größte Aufgabe, vor der der Planet, vor der die Weltgesellschaft steht. Und wir diskutieren hier ganz kleines Karo. Der eine redet über Bayern-Ei und Vergleichbares. Der andere

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Nordrhein-Westfalen!)

versucht alles, was bisher passiert ist, madig zu machen: "total versagt", "personifiziertes Klimarisiko" – meine Güte! Glauben Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn die in Paris genauso diskutieren, dass es dann auch nur einen Millimeter weitergeht? - Ich glaube das nicht.

(Beifall bei der CSU)

Es erhebt hier doch keiner den Anspruch zu wissen, wie es genau geht. Wir realisieren, dass wir im Freistaat Bayern viel zu klein unterwegs sind, als dass wir alleine

einen Beitrag leisten könnten, der die Welt verändert. Wenn es so ist, würde es in so einer Debatte nicht schaden, ein paar Gemeinsamkeiten zu betonen und zuzugestehen, ohne dass einem ein Zacken aus der Krone fällt, dass Bayern einen guten Weg hinter sich hat, was den Zubau erneuerbarer Energien angeht.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Eine Vollbremsung habt ihr bei der Windenergie gemacht!)

- Herr Kollege Aiwanger, es wird wie beim Kollegen Zierer durch Wiederholung nicht richtig. Es wird auch durch Hereinschreien nicht richtig. Hören Sie doch mal auf.

Schauen Sie sich die Zahlen beim Thema 10 H in diesem Jahr an. Die GRÜNEN vergleichen Bayern in diesem Punkt immer mit den Bundesländern, in denen sie selber regieren. Wenn ich richtig informiert bin, lieber Herr Kollege Stümpfig, gibt es in Baden-Württemberg keine 10-H-Regel. Ich mag mich täuschen, aber ich glaube nicht. In Baden-Württemberg sind in diesem Jahr nur 13 Windenergieanlagen ans Netz gegangen, in Bayern bis zum heutigen Zeitpunkt 72. Erwecken Sie also nicht immer den Eindruck, als ob es hier falsch laufen würde.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das war die alte Planung vor der 10-H-Regelung!)

Zum Thema Effizienz: Wenn wir Klimaschutz daran orientieren, wo wir mit begrenztem Mitteleinsatz am meisten erreichen können, dann führt kein Weg daran vorbei, dass wir einen Großteil unserer Aktivitäten darauf konzentrieren, bei der Effizienz anzusetzen, weil dort der größte Hebel ist. Die Kollegen haben schon gesagt, was in Bayern an verschiedenen Förderprogrammen auf den Weg gebracht wurde. Ich glaube, der größte Hebel ist einer, den wir gemeinsam in der Hand hätten, nämlich endlich auf Bundesebene dafür zu sorgen, dass die energetische Sanierung steuerlich absetzbar wird. Hören Sie bitte auf, an dieser Stelle zu blockieren.

(Beifall bei der CSU)

Dann wurde das Thema Ehrlichkeit angesprochen. Herr Rinderspacher, beim Stichwort Kohle fand ich es mutig, dass Sie gesagt haben, es sei die CSU gewesen, die sich für den Kohlekompromiss eingesetzt habe. Die "Rheinische Post" hat geschrieben: NRW verhindert Klimaabgabe auf Druck der Gewerkschaften und von Hannelore Kraft. Wenn ich richtig informiert bin, ist das eine Ihrer Genossinnen, lieber Herr Kollege Rinderspacher.

(Beifall bei der CSU)

Wir sollten uns beim Thema Ehrlichkeit darauf konzentrieren, das Richtige zu machen. Die Forderung nach einem Klimaschutzgesetz klingt gut. Aber, Herr Rinderspacher, NRW hat ein Klimaschutzgesetz, und wenn ich richtig informiert bin, tragen erneuerbare Energien in NRW 3,8 % zum Energieverbrauch bei. Das ist also im Grunde vernachlässigbar. Das beste Gesetz hilft nichts, wenn ich im Konkreten nichts tue. In Rheinland-Pfalz regieren SPD und GRÜNE. Da hat man ein Klimaschutzgesetz, aber als die Landesplanung konkret wurde, ist man vor sich selber eingeknickt. Man hat nach dem Referentenentwurf wieder herausgestrichen, dass das Klimaschutzgesetz eine Rolle spielen soll. Das zu sagen, gehört zur Ehrlichkeit dazu.

Sie sagen, man soll nicht immer nur über andere Länder reden, sondern über das, was bei uns konkret stattfindet. Schauen wir auf die Landeshauptstadt München. Da haben Sie, SPD und GRÜNE, zusammen lange Verantwortung getragen. Der Steinkohleverbrennung im Heizkraftwerk Unterföhring haben die GRÜNEN über all die Jahre die Stange gehalten.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Winter (CSU))

Ein anderes Thema ist der Fernwärmezwang. Man kann in München bei einem Neubau nicht einmal Solarthermie nutzen, weil es verboten ist und Anschlusszwang an Fernwärme herrscht. Das sind nur so Randthemen, die ich Ihnen unter der Überschrift "Ehrlichkeit" zurufen will.

Am Ende dieser Debatte ist es tatsächlich notwendig, dass wir ehrlich sind. Es ist aber auch wichtig, um mit Erich Kästner zu reden, nicht nur über Gutes zu reden, sondern es auch zu tun. In diesem Sinne danke ich der Frau Ministerin, dass sie heute viel Gutes und Wichtiges und das, was für die Zukunft wünschenswert ist, präsentiert hat. Lassen Sie uns das gemeinsam machen; denn dann kann es auch gelingen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Zu einer zusammenfassenden Stellungnahme hat nun Frau Staatsministerin Scharf das Wort. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Winston Churchill hat einmal gesagt: "Der Preis der Größe heißt Verantwortung." Ich ergänze mit Blick auf die Klimapolitik: Der Preis der Größe heißt parteiübergreifende Verantwortung.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, bestimmen Sie selbst, wie groß Sie sein wollen. Ich sage jedenfalls, Klimawandel ist kein Parteibuchthema. Wir sollten uns wirklich zusammen auf den Weg machen. Herr Rinderspacher, die Debatte zur Klimapolitik mit alten und widerlegten Vorwürfen und mit einem bestellten Gutachten zum Thema Bayern-Ei zu eröffnen und minutenlang zu belasten, ist einfach niveaulos und stilllos.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Lassen sie mich noch einmal ein paar wesentliche Punkte zusammenfassen.

Erstens. Wir machen den internationalen Klimaschutz zur neuen starken Säule unserer bayerischen Klimapolitik. Die Zeit ist reif; die Menschen sind bereit. Sieben von

zehn Bayern – unsere Umfrage besagt das – sagen Ja zu mehr internationalem Engagement beim Klima; deswegen unsere neuen, hoch ambitionierten Forschungsprojekte mit anderen Ländern, deswegen auch unser Engagement in der Alpenkonvention. Im Jahr 2016 beginnt die europäische Strategie im Alpenraum auf bayerische Initiative hin. Ich habe letzte Woche darüber berichtet. Deswegen auch unser Ehrgeiz bei unseren eigenen Klimaschutzzielen – unter zwei Tonnen CO₂ pro Kopf und Jahr bis 2050 –, und deswegen auch unsere Ambitionen für die Klimakonferenz. Noch einmal zum Mitschreiben, meine Damen und Herren: Deutschland fährt umweltpolitisch geeint nach Paris.

(Beifall bei der CSU)

Zweitens. Wir haben den neuen Bayerischen Klimareport im Gepäck – 200 Seiten, eine umfassende Klimagesamtschau in Bayern, ein noch nie dagewesener Katalog der Gegenwart als Vorbereitung für die Zukunft einer Region.

Drittens. Wir verankern den Klimaschutz noch stärker im Bewusstsein der Menschen. Umweltbildung, Klima-Allianz, Umweltpakt Bayern – dies sind alles erfolgreiche Instrumente, um die Bevölkerung gezielt zu erreichen. Ich sage noch einmal: Aus unserer Umfrage geht hervor, dass neun von zehn Bayern etwas für den Klimaschutz tun wollen.

Ich komme zum Thema erneuerbare Energien. Lieber Herr Kollege Stümpfig, Winfried Kretschmann hat einmal gesagt, Zahlen könne man anschreien, aber es nütze nichts. Diese Gelassenheit gefällt mir aufgrund der Kraft des Faktischen. Lassen Sie uns zwei Zahlen noch einmal genauer betrachten. Im Jahr 2014 betrug der Anteil der erneuerbaren Energien an der Bruttostromerzeugung in Bayern 36 %. Im Vergleich dazu waren es in Baden-Württemberg 23 %. Im Jahr 2014 betrug die neu installierte Leistung von Photovoltaikanlagen in Baden-Württemberg 257 Megawatt Peak, in Bayern 427 Megawatt Peak, das Eineinhalbfache. Damit liegt Bayern auf Platz 1 in Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir bauen die erneuerbaren Energien mit Ehrgeiz aus, aber nicht ideologisch. Wir handeln als Verantwortungsethiker, bewahren uns das Gespür für unsere Heimat und sichern Arbeitsplätze durch bezahlbare Strompreise.

Bei den energiebedingten CO₂-Emissionen sind wir trotz Wirtschaftswachstums und trotz des Abschaltens von Isar 1 stabil. Wir emittieren rund sechs Tonnen pro Kopf und Jahr – das ist weniger als in den meisten Ländern, das ist weit weniger als der Bundesdurchschnitt. Meine Damen und Herren, ich bitte, auch diese Zahl zur Kenntnis zu nehmen.

Wir treiben den Bund an – Wärmeerzeugung, energetische Gebäudesanierung, Elektromobilität sind die Stichworte; ich bin vorhin darauf eingegangen – und wir gehen mit dem Klimaschutzprogramm Bayern 2050 ehrgeizig in Deutschland voran. Das 10.000-Häuser-Programm, die energetische Sanierung staatlicher Gebäude und Maßnahmen im kommunalen Klimaschutz sind hier zu nennen. Dazu noch eine Zahl: 8,5 Millionen Euro stehen im aktuellen Doppelhaushalt 2015/2016 hierfür zur Verfügung.

Es geht auch um die Moore in Bayern. Vielen Dank, Herr Stümpfig, für den Hinweis. Wir renaturieren 50 Moore bis zum Jahr 2020. Auch Hochmoore des Staatswalds sind mit dabei. Seit 2008 haben wir über 15 Millionen Euro investiert. Moore sind geniale Naturschönheiten, sie sind ein Hochleistungsspeicher für CO₂, und sie sind unsere Hotspots für die biologische Vielfalt. Dies ist ein wunderbarer Dreiklang.

Meine Damen und Herren, ich erneuere noch einmal meinen Appell an Sie. Die Zukunft ist ein Kind der Gegenwart. Nehmen wir heute den Auftrag Zukunft an und gestalten wir gemeinsam unsere neue bayerische Klimapolitik im 21. Jahrhundert.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Staatsministerin.- Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.